Zahlung und Achtung

Die Interpenetration von Ökonomie und Moral

Richard Münch

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Sozialwissenschaftliches Institut, Universitätsstraße 1, D-40225 Düsseldorf

Zusammenfassung: Ökonomische Vorgänge der Zahlung und moralische Zuteilungen von Achtung und Mißachtung gelten nach Niklas Luhmanns Theorie der funktionalen Differenzierung der modernen Gesellschaft in autopoietisch operierende Teilsysteme als für immer geschieden. Die Kluft zwischen ihnen ist unüberbrückbar. Diese These wird hier einer kritischen Prüfung unterzogen und verworfen. Als Alternative wird die Interpenetration von Zahlung und Achtung als Bauprinzip der Moderne herausgearbeitet. Dabei werden die individualistische Berufsethik und der ökonomische Liberalismus, die Wohlfahrtsmoral und die Wohlfahrtsökonomie sowie die Umweltmoral und die Umweltökonomie als drei Stufen der gegenseitigen Durchdringung von Ökonomie und Moral interpretiert. Weder Luhmanns Theorie der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft in autopoietisch operierende Teilsysteme noch Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns nehmen diese Eigenart moderner Gesellschaften systematisch in ihren Blick. Sie können deshalb keine Lösungen für ihre daraus resultierenden Integrationsprobleme anbieten. Diese sind weder im Diskurs noch in der strukturellen Kopplung autopoietischer Funktionssysteme, sondern in institutionell geregelten Verfahren der Vermittlung von Ökonomie und Moral zu suchen. Die ökologische Krise der Gegenwart ist weder in der Unzugänglichkeit der Wirtschaft für moralische Steuerung noch in einem zu geringen Hineingreifen der Moral in die Wirtschaft verwurzelt, sondern in der Moral der Wohlfahrtsökonomie und in ihrer korrespondierenden Leitidee von ökonomischer Rationalität. Ihre Bewältigung verlangt einen Strukturwandel der herrschenden Moral und der herrschenden Definition von ökonomischer Rationalität zugleich.

1. Interpenetration: Ein Bauprinzip der Moderne

Studien zur Entwicklung der Moderne führen uns zu der Entdeckung, daß die Interpenetration von einander entgegengesetzten Sphären des menschlichen Handelns ein Bauprinzip der Moderne ist (Münch 1984/1992c). Wir können diese These an das Forschungsprogramm Max Webers anschließen, das die Entwicklung der Moderne als die Herausbildung einer spezifischen Art des Rationalismus begreift, des sogenannten Rationalismus der Weltbeherrschung (Weber 1920/1972a, 1920/1972b, 1920/1971a, 1922/1976). Im Unterschied zu den vorherrschenden Interpretationen von Webers Theorie des modernen Rationalismus (Schluchter 1979, 1988) fällt uns bei genauer Prüfung auf, daß sich die von Weber untersuchten Institutionen als Exemplare des modernen Rationalismus nicht durch die einseitige Herausbildung einer einspurigen Eigengesetzlichkeit auszeichnen. Vielmehr vereinigen sie in sich eine je spezifische Kombination von gegensätzlichen Gesetzmäßigkeiten. Die moderne Wirtschaft besteht gerade nicht einfach aus der hemmungslosen Entfaltung von Erwerbstrieb und Utilitarismus, sondern aus der eigenartigen Kombination einer religiös verwurzelten methodisch-rationalen Lebensführung mit der ökonomischen Daseinsvorsorge. Der mo-

derne Staat folgt keiner simplen Machtlogik, sondern verbindet die Handhabung politischer Macht mit der Herrschaft des Gesetzes. Die moderne Wissenschaft ist nicht als bloßes Experimentieren zu verstehen, sondern als ein methodisches Verfahren, in dem die empirische Erfahrungsbildung im rationalen Experiment eine enge Verbindung mit der systematischen Theoriebildung eingeht. Hier ist nicht der Ort, um dies in allen Einzelheiten auszuführen. Es läßt sich daraus jedoch entnehmen, daß wir die moderne Gesellschaft falsch verstehen, wenn wir sie allein als ein Kompositum von eigengesetzlich arbeitenden Sphären begreifen, zwischen denen es keine Brücken gibt. Diese Kritik kann in ähnlicher Weise auf die noch radikaler formulierte Theorie der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft in sogenannte autopoietisch operierende Teilsysteme bezogen werden, die Niklas Luhmann (1978, 1981, 1984, 1986, 1988, 1990, 1993) entwickelt hat.

2. Berufsarbeit: Zwischen Ökonomie und Moral

Durch die Interpenetration, d.h. gegenseitige Durchdringung, von zwei unterschiedlichen Systemen entsteht eine neue Systemeinheit in deren Interpenetrationszone, die fortan als Bindeglied zwi-

schen den einander entgegengesetzten Systemen dient. Beispielsweise bedeutete die einmalige Deutung der religiösen Bewährung als Bewährung im weltlichen Beruf, die von Luther eingeleitet und vom Calvinismus noch radikaler gefaßt wurde (Weber 1920/1972a: 63–163), daß nun die wirtschaftliche Tätigkeit als religiöse Pflichterfüllung verstanden wurde und ihren Gesetzen zu gehorchen hatte, andererseits aber die religiöse Pflichterfüllung in die Bahnen der wirtschaftlichen Tätigkeit und ihrer Gesetzmäßigkeiten gelenkt wurde. Die Berufskese des Puritaners ist genau das Interpenetrationsprodukt von Religion und Wirtschaft, das durch die Entwicklung von der Lutherischen Reformation über Calvin bis zum Puritanismus Schritt für Schritt herausgebildet wurde. Wenn Max Weber (1920/1972a: 203) sagte, „Der Puritaner wollte Berufsmensch sein, wir *müssen* es sein“, dann kann er damit nicht gemeint haben, daß heutige Berufsarbeit dem reinen Utilitarismus verfallen sei und keinerlei berufsethische Pflichten einschließe. Das traf schon auf Benjamin Franklins (1944) säkularisierte Berufsethik nicht zu (Weber 1920/1972a: 31–33; Lidz 1979; Münch 1986/1993: 308–311). In der Berufsarbeit sind wir gewiß ökonomischen Zwängen unterworfen, wie wir uns diesen Zwängen stellen und wie wir sie bewältigen, wird jedoch in nicht geringem Maße auch heute durch eine Berufsethik geprägt, deren Anforderungen das Prestige eines Berufs und deren Einhaltung die Achtung des Berufsausübenden bestimmt. Identität, gesellschaftlicher Status, Achtung oder Mißachtung werden gerade in der vollkommen säkularisierten Gesellschaft durch Berufsarbeit erworben. Je weiter die Gleichberechtigung geht, um so verbindlicher gilt dies für alle Mitglieder der Gesellschaft. Wer keinen Beruf hat, der genießt auch keine Achtung, wer einen nur wenig geschätzten Beruf ausübt, wird auch persönlich nur in geringem Maße geachtet.

Wenn wir heute mit Luhmann (1988) von der Autopoiesis der Wirtschaft sprechen, die nur auf die Sprache der Preise hört und für moralische Anforderungen taub ist, dann vergessen wir, daß Wirtschaften immer auch „Berufsarbeit“ heißt, deren Verlauf eben nicht allein durch die Preise, sondern auch durch berufsethische Anforderungen beeinflusst wird. Der Beruf ist die Schnittstelle zwischen Ethik und Wirtschaft. Es bildet sich in dieser Interpenetrationszone das System der Berufsarbeit, das sowohl unter ethischen als auch unter ökonomischen Anforderungen steht und zwischen diesen beiden Systemen eine Brücke schlägt. Ein Industriemanager kann gewiß nicht die Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie verändern, er muß die Sprache der Preise beherrschen, um sein Unternehmen gegen die Konkurrenz auf dem Markt zum Erfolg führen zu können. Niemand wird von ihm erwarten, daß er an seine Mitarbeiter höhere Löhne zahlt, als er erwirtschaften kann, oder Maßnahmen zum Schutz der Umwelt trifft, die auf dem Markt nicht honoriert werden und sein Unternehmen in den Konkurs treiben. Im Gegenteil, er käme seiner Berufspflicht nicht nach, wenn er nicht rentabel wirtschaften würde. Diese ökonomischen Zwänge sind aber bei weitem nicht alles, was sein Handeln in seiner Rolle als Industriemanager leitet. Die Gesellschaft stellt an ihn mehr oder weniger hohe moralische Anforderungen. Sie kann ihre Zuteilung von Achtung und Mißachtung davon abhängig machen, in welchem Maße er z.B. im Rahmen seiner unternehmerischen Aktivitäten die soziale Absicherung und die Weiterbildung seiner Mitarbeiter fördert, das Vereinsleben in der Gemeinde unterstützt, selbst aktiv das Leben der Gemeinde mitgestaltet, neue Technologien für umweltschonende Produktionsverfahren erprobt, Pionierleistungen im Umweltschutz vollbringt und sich an der politischen Erarbeitung von Umweltschutzmaßnahmen beteiligt. In geltendes Recht umgesetzt, steuern moralische Grundsätze dieser Art verbindlich das ökonomische Handeln.

Je größeren Wert die Gesellschaft auf diese Seiten der unternehmerischen Rolle legt, um so mehr hängt die Achtung des Industriemanagers, seines Vorstandes und des ganzen Unternehmens von Leistungen dieser Art ab, die den Rahmen abstecken, innerhalb dessen die Gewinnmaximierung erst ablaufen kann. Es sind Leistungen, die von der institutionalisierten Berufs- und Wirtschaftsethik gefordert werden. Richtig ist, daß ein Unternehmen keine Zahlungen für Weiterbildung, soziale Sicherheit, Wiedereingliederungsmaßnahmen oder Umweltschutz leisten kann, wenn es nicht das dafür notwendige Kapital erwirtschaftet hat. Soweit die Fortexistenz des Unternehmens auf dessen Zahlungsfähigkeit gründet und diese wiederum nur durch rentables Wirtschaften und nicht durch Gewalt oder Betrug erhalten wird, ist das Unternehmen in wirtschaftliche Operationen eingespannt, aus denen es nur bei Strafe der Auflösung heraustreten kann.

In diesem Sinne folgt die Wirtschaft einem eigenen Code der permanenten Entscheidung zwischen „zahlen“ und „nicht zahlen“ (Luhmann 1988: 52–58). Eine Voraussetzung dafür ist jedoch der Ausschluß von Eigentumserwerb durch illegitime Gewalt, der auf der Institutionalisierung des Eigen-

heiten der Ökonomie verändern, er muß die Sprache der Preise beherrschen, um sein Unternehmen gegen die Konkurrenz auf dem Markt zum Erfolg führen zu können. Niemand wird von ihm erwarten, daß er an seine Mitarbeiter höhere Löhne zahlt, als er erwirtschaften kann, oder Maßnahmen zum Schutz der Umwelt trifft, die auf dem Markt nicht honoriert werden und sein Unternehmen in den Konkurs treiben. Im Gegenteil, er käme seiner Berufspflicht nicht nach, wenn er nicht rentabel wirtschaften würde. Diese ökonomischen Zwänge sind aber bei weitem nicht alles, was sein Handeln in seiner Rolle als Industriemanager leitet. Die Gesellschaft stellt an ihn mehr oder weniger hohe moralische Anforderungen. Sie kann ihre Zuteilung von Achtung und Mißachtung davon abhängig machen, in welchem Maße er z.B. im Rahmen seiner unternehmerischen Aktivitäten die soziale Absicherung und die Weiterbildung seiner Mitarbeiter fördert, das Vereinsleben in der Gemeinde unterstützt, selbst aktiv das Leben der Gemeinde mitgestaltet, neue Technologien für umweltschonende Produktionsverfahren erprobt, Pionierleistungen im Umweltschutz vollbringt und sich an der politischen Erarbeitung von Umweltschutzmaßnahmen beteiligt. In geltendes Recht umgesetzt, steuern moralische Grundsätze dieser Art verbindlich das ökonomische Handeln.

tumsrechts beruht und nur in dem Maße Geltung besitzt, in dem letztendlich ein moralischer Konsens der Gesellschaft über die Unantastbarkeit des persönlichen Eigentums besteht und dieser Konsensus seinen Niederschlag in allgemein geltenden Rechtsnormen findet, die im Bedarfsfall mittels Sanktionen durchgesetzt werden. Insofern ist die sogenannte Ausdifferenzierung der Wirtschaft ein moralischer Akt, ihre Stabilität wurzelt in einem dauerhaften moralischen Konsensus. Durch die Institutionalisierung von Eigentumsrechten werden wir gezwungen, mit unseren Ressourcen sparsam umzugehen, weil wir uns nur durch die Hergabe vorhandener Ressourcen in den Besitz anderer Ressourcen bringen können. Wie wir dies tun, in welche Richtungen unsere Zahlungen laufen, wird weiterhin durch ein Programm bestimmt, das einerseits Regeln der wirtschaftlichen Klugheit enthält, andererseits aber in mehr oder weniger umfangreichem Maße auch Regeln der Fürsorge für andere und für die Umwelt, die in einem moralischen Konsens verankert und durch das Recht spezifiziert werden müssen, wenn sie die Entscheidungen über Zahlungsvorgänge verbindlich kanalisieren sollen.

Wer nach den Maßstäben einer Gesellschaft Gutes tut, gewinnt moralische Achtung, wer Schlechtes tut, erfährt Mißachtung. Wer klug wirtschaftet, erfreut sich ökonomischer Gewinne, wer unklug wirtschaftet, macht ökonomische Verluste. Wer Gutes tut, wird dadurch nicht automatisch reich, wer Schlechtes tut, nicht zwangsläufig arm. Wer Gewinne einstreicht, wird deshalb noch nicht mehr geachtet als derjenige, der Verluste erleidet. In diesem Sinne verlaufen die Zuteilungen von Achtung und Mißachtung auf der einen Seite und Gewinnen und Verlusten auf der anderen Seite unabhängig voneinander. Diese Tatsache impliziert aber beileibe nicht, daß überhaupt keine wechselseitigen Übertragungen vorgenommen werden. In dem Maße, in dem Wirtschaften mit der Geltung von Eigentumsrechten zu rechnen hat, und in dem Maße, in dem Wirtschaften zugleich Berufsarbeit einschließt, in der ein gesellschaftlicher Status mit entsprechender Achtung zu erwerben und zu bewahren und Mißachtung zu vermeiden ist, wird das auf Gewinn und Nutzenmaximierung ausgerichtete wirtschaftliche Handeln zugleich von moralischen Maßstäben geleitet. Das Handeln von Industriemanagern, ganzen Unternehmen und Konsumenten wird um so mehr von solchen Maßstäben bestimmt, je mehr in der Gesellschaft ein moralischer Konsens besteht und je mehr Einrichtungen der Gesellschaft darüber wachen, ob Gutes oder

Schlechtes getan, rechtmäßig oder unrechtmäßig gehandelt wird.

Nur wenn der wirtschaftliche Erfolg an sich ohne jede weitere Qualifikation verherrlicht wird, ist der Erfolgreichste zugleich auch der Geachtetste, gleichviel, welche Mittel er eingesetzt hat. Je mehr die Gesellschaft jedoch den Einsatz der Mittel reguliert und kontrolliert, um so mehr kann der Erfolgreiche nur bei gleichzeitiger Erfüllung der moralischen Erwartungen Achtung erlangen. Dabei mag der ökonomische Umgang mit knappen Ressourcen durchaus selbst zum moralischen Gebot werden. Zwischen das System der ökonomischen Zahlungen und das System der moralischen Achtungszuteilung schiebt sich ein System der Berufsarbeit, in dem Achtung durch Zahlungen erworben wird und Gewinne im Rahmen moralisch zulässiger Grenzen gemacht werden. Je mehr moralischen Druck die Gesellschaft ausübt, um so mehr Achtung muß erarbeitet und bestätigt werden, um überhaupt als Geschäftspartner anerkannt zu werden und ökonomische Erfolge erzielen zu können. In Zeiten wachsender moralischer Anforderungen an den Umweltschutz können Unternehmen ihren gesellschaftlichen Status durch besondere Leistungen im Umweltschutz verbessern und dadurch für die Konsumenten interessanter als andere werden. Durch die Steigerung der moralischen Anforderungen reicht die Moral immer weiter in das ökonomische Handeln hinein.

Das System der Berufsarbeit bildet die Interpenetrationszone zwischen Ökonomie und Moral. Als Brücke trägt es die moralischen Anforderungen in die Ökonomie und die ökonomischen Notwendigkeiten in die Moral hinein. Das heißt, daß jedes ökonomisch kalkulierende Handeln in wachsendem Maße moralischen Maßstäben zu gehorchen hat. Umgekehrt wird das ökonomische Rechnen zu einem Teil der Moral. Es gehört zur Berufsmoral, richtig zu rechnen und sparsam mit vorhandenen Ressourcen umzugehen. Das ökonomische Handeln bietet einerseits den Stoff, der moralisch geformt wird, das moralische Handeln andererseits den Stoff der durch das ökonomische Rechnen seine Prägung erhält. Wenn heute Unternehmen mit Umweltgruppen in gemeinsamen Projekten kooperieren, erreicht diese wechselseitige Durchdringung von Ökonomie und Moral eine neue Stufe (SPIEGEL 1994b: 82–84).

3. Von der ständischen Hierarchie zum offenen Wettbewerb um Einkommen und moralischen Status

Wir können uns die Interpenetration von Moral und Ökonomie so vorstellen: Zunächst stehen sich die Zuteilung von Achtung und Mißachtung nach moralischen Maßstäben und die Zuteilung von Gewinnen und Verlusten nach ökonomischen Gesetzen als voneinander unabhängig wirkende analytisch abgrenzbare Gesetzmäßigkeiten gegenüber. In einfachen Stammesgesellschaften fallen beide Verteilungen ineins zusammen. Wer viel materielle Güter angehäuft hat, mit denen er andere versorgen und beschenken kann, verschafft sich hohe Achtung, durch die er wiederum die Dienste anderer für die Ansammlung noch größerer Reichtümer in Anspruch nehmen kann (Mauss 1923/24).

Mit dem Wachstum der Bevölkerung und der dadurch vorangetriebenen Arbeitsteilung (Durkheim 1893/1973) wird die bestehende Parallelität der Achtungs- und Reichtumshierarchie der Sippen beseitigt. An deren Stelle tritt eine Hierarchie der Stände, die eine Abstufung der moralischen Achtung parallel zu den Funktionen der Stände im System der Arbeitsteilung vornimmt. Klerus, Aristokratie, Bürgertum und Bauernstand bilden ein hierarchisches Gefüge, in dem die Stellung in der moralischen Hierarchie mit der Stellung im System der Arbeitsteilung einhergeht. Das gilt auch für die innere Differenzierung der Stände, z. B. für die Differenzierung innerhalb des Bürgertums in Handwerk, Gewerbe und Handel sowie innerhalb dieser wieder für die Differenzierung in die verschiedenen Zünfte und Gilden.

Die Entfaltung des industriellen Kapitalismus und die Umpolung der Achtungszuteilung von Herkunft und Besitz auf die individuelle Leistung unter der Bedingung gleicher Chancen und der Zuteilung moralischer Unterstützung von Privileg und Almosen zum gleichen Recht für alle haben die Parallelität von ständischer Hierarchie und Arbeitsteilung zum Einsturz gebracht. In diesem Sinne hat eine Ausdifferenzierung der ökonomischen Arbeitsteilung und des Leistungsaustauschs aus der Umlammerung durch die ständische Moralhierarchie stattgefunden. Die Parallelität von ständischer Hierarchie und funktionaler Differenzierung (Arbeitsteilung) löst sich auf. Es ist jedoch weit gefehlt, daraus die weitere These zu folgern, daß sich der ökonomische Leistungsaustausch und die Arbeitsteilung völlig von der moralischen Achtungszuteilung getrennt hätten (Luhmann 1988:

184–201). Vielmehr hat sich ein Wandel der moralischen Maßstäbe selbst und ein Wandel ihrer Beziehung zur Arbeitsteilung und zum Leistungsaustausch vollzogen. Reichtum ist nur dann rechtmäßig und moralisch geachtet, wenn er auf Leistung unter Bedingungen der Chancengleichheit beruht. Gleichzeitig verpflichtet er zum sparsamen Umgang und zur Reinvestition, um nicht nur den Wohlstand des Unternehmers, sondern auch denjenigen der abhängig Beschäftigten und der ganzen Gesellschaft zu steigern.

Durch die Übertragung der religiösen Bewährung auf die Berufsarbeit und die moralische Aufwertung der Arbeit gegenüber Besitz und Lebensstil war die Berufsarbeit außerdem zur einzigen Quelle der moralischen Achtung geworden. Müßiggang wurde zum Laster, Arbeitsfleiß zur Tugend. In der ständischen Gesellschaft waren die religiösen Pflichten und die damit einhergehende moralische Achtung nach Ständen abgestuft. So war der Kaufmannsstand z. B. religiös weniger gefordert und dementsprechend moralisch nicht besonders geachtet. Luthers Reformation hat die höchsten religiösen Pflichten der Mönchaskese auf die Arbeit in jedem weltlichen Beruf übertragen. Jede Arbeit war eine Berufung zu Gott, nachdem Luther den Begriff des Berufs auf jede weltliche Tätigkeit ausgedehnt hatte. Durch Calvin wurden die Anforderungen noch schärfer gefaßt. Seine Prädestinationslehre übte einen ungeheuren Druck auf die Gläubigen aus, sich ihres Erwähltheits zu vergewissern. Die Nachfolger Calvins haben seine Lehre, daß Gottes Ratschluß weder umzustoßen noch zu ermitteln sei, so umgedeutet, daß die Erwählten an ihrer tadellosen Lebensführung zu erkennen seien. Damit ist die Berufsarbeit endgültig zum Feld der religiösen Bewährung geworden (Weber 1920/1972a: 63–163). Sie bot den Stoff, den es nach moralischen Geboten zu formen galt. In der entgegengesetzten Richtung haben die Kriterien des erfolgreichen Wirtschaftens durch die bürgerliche Trägerschicht des Calvinismus Eingang in die Formulierung der moralischen Maßstäbe gefunden. Redlichkeit, Rechenhaftigkeit, ökonomisches Denken, Sparsamkeit, Fleiß und Entsagung – alles Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg – wurden zu moralischen Geboten erhoben, die gottgerechtes Handeln ausdrücken. Aber auch die Fürsorge für die eigene Familie, für die Arbeiter und Angestellten des Betriebs, die Unterstützung des Gemeindelebens und die Mehrung des Wohlstandes der ganzen Gesellschaft gehörten zu diesen moralischen Geboten. Auch sie sind Teil der neuen Berufsethik.

Die Aufklärung, die bürgerliche Revolution, die Arbeiterbewegung und die damit einhergehende Säkularisierung der Welt haben die Berufsarbeit nicht ihrer moralischen Pflichten enthoben. Sie haben sie vielmehr noch eindeutiger zur einzig legitimen Quelle von Einkommen und Achtung gemacht und haben die moralischen Anforderungen an die Berufsarbeit eher noch höher geschraubt. Während die hohen Anforderungen der puritanischen Berufsethik vorwiegend für den Unternehmer als Haushaltsvorstand und Arbeitgeber gedacht waren, haben die genannten Bewegungen dafür gesorgt, daß nach den Geboten der Gleichberechtigung und der Zuteilung von Einkommen und Achtung nach individueller Leistung unter Bedingungen der Chancengleichheit alle Mitglieder der Gesellschaft in das System der Berufsarbeit einbezogen werden und ihren Anforderungen gerecht werden müssen. Wer sich früher noch unter der Obhut eines Haushalts- und Unternehmensvorstandes befand, ist heute in das System des ökonomischen und des moralischen Wettbewerbs um Einkommen und Status nach individueller Leistung eingegliedert. Befragungen über Erziehungsziele in der Bundesrepublik zeigen folgenden Verlauf: Gehorsam und Unterordnung geht von 1951 bis 1981 kontinuierlich von 25 auf 8 Prozent Nennungen zurück, Ordnungsliebe und Fleiß nur wenig von 41 auf 38 Prozent, Selbständigkeit und freier Wille steigen jedoch von 28 auf 52 Prozent (Emnid 1981: 23; zit. bei Pawlowski 1986: 103; vgl. weiter Hoffmann-Nowotny und Gehrman 1984; Gehrman 1986).

Wenn in Deutschland in besonders hohem Maße im Verlaufe der Nachkriegszeit die gesetzlichen Arbeitszeiten reduziert, Ausbildungszeiten, Rentenzeiten, Arbeitslosenzeiten und Freizeiten erweitert wurden, kann daraus keineswegs die These abgeleitet werden, daß die Berufsarbeit für die persönliche Identitätsfindung an Bedeutung verloren habe (Noelle-Neumann 1978). Die Verlängerung der Ausbildungszeiten impliziert ja gerade, daß die Berufsbildung in einem zuvor nicht bekannten Maße zugleich als Identitätsbildung begriffen wird. Der Eintritt in das Rentenalter wird als gravierender Identitätsbruch erlebt. Arbeitslose leiden unter dem Gefühl moralischer Minderwertigkeit. Außerdem legt niemand seinen Berufsstatus während der erweiterten Freizeit ab. Bei einer 1992 durchgeführten Befragung bezeichnen 80,8 Prozent der Westdeutschen und 89,8 Prozent der Ostdeutschen Beruf und Arbeit als wichtig bis sehr wichtig für ihr Leben. Daß auch die Familie, die Freizeit sowie Freunde und Bekannte ebenso

häufig oder noch häufiger genannt werden, weist vor allem auf die hohen Ansprüche, die wir an unser Leben stellen. Es soll uns vor allem mehr bieten als zuvor. 44,8 Prozent im Westen und 47,5 Prozent im Osten meinen, einen höheren Berufsstatus als ihr Vater erreicht zu haben. 74,4 Prozent der Westdeutschen und 92,6 Prozent der Ostdeutschen sind der Ansicht, daß eine berufstätige Mutter ein genauso herzliches Verhältnis zu ihren Kindern finden kann wie eine nicht berufstätige (ZA 1992: 13–15, 21, 378). Die vorliegenden empirischen Untersuchungen deuten auf jeden Fall darauf hin, daß der Beruf im Zentrum der persönlichen Identitätsbildung bleibt (Hoffmann-Nowotny und Gehrman 1984, Gehrman 1986).

Die gewachsene Gleichberechtigung der Geschlechter hat zur Folge, daß die Frau ihre Achtung nicht mehr aus ihrer Dienstleistung für die Familie, sondern aus ihrem beruflichen Erfolg außerhalb der Familie zieht. Die Frauenbewegung hat auch den Effekt einer weiteren Aufwertung der bezahlten Berufsarbeit und einer gleichzeitigen Abwertung der unbezahlten Hausarbeit als Feld der Identitätsfindung und individuellen Bewährung gehabt. Das Erbringen einer Leistung, die in Geld entlohnt wird, hat sich weiter als je zuvor als Kriterium der moralischen Achtungszuteilung durchgesetzt. Die Nur-Hausfrau gilt heute aus der Sicht der voll auf berufliche Selbstverwirklichung eingestellten Frau als unselbständig und inaktiv, unterwürfig und selbstverleugnend. Das sind Charaktereigenschaften, die nicht zum herrschenden Ideal des modernen selbstbestimmt und selbstverantwortlich handelnden Menschen passen.

Die Erwerbsarbeit ist zum Hauptbewährungsfeld des modernen Menschen geworden. Allein in der Geschichte der Bundesrepublik ist dementsprechend bis heute ein ständiger Anstieg der Erwerbsquote zu verzeichnen. Auf die Geschlechter verteilt, steht einem leichten Rückgang bei den Männern ein deutlicher Anstieg bei den Frauen gegenüber. In der Bundesrepublik stellt sich die Entwicklung der Erwerbspersonen wie folgt dar: 1950: Männer 63,2, Frauen 31,4 Prozent, 1960: Männer 63,6, Frauen 33,4 Prozent, 1970: Männer 59,1, Frauen 30,2 Prozent, 1980: Männer 58,4, Frauen 32,6 Prozent, 1990: Männer 60,8, Frauen 39,2 Prozent, 1991: Männer 60,0, Frauen 41,1 Prozent (Statistisches Bundesamt 1953: 112; 1963: 140; 1971: 121; 1981: 94; 1992: 109; 1993: 110). In den USA ist folgende Entwicklung festzustellen: Der Anteil der erwerbstätigen Männer an der männlichen Bevölkerung über 16 Jahre beläuft sich 1970

auf 79,7 Prozent, der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung über 16 Jahre auf 43,3 Prozent. 1991 liegen die Anteile bei 75,5 bzw. 57,3 Prozent (U.S. Bureau of the Census 1992: 381).

Niemals zuvor sind mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter auch erwerbswillig gewesen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde gerät der Arbeitsmarkt unter einen wachsenden Druck, der Angebot und Nachfrage immer wieder zugunsten eines Überangebots an Erwerbswilligen mit entsprechend hohen Arbeitslosenzahlen aus dem Gleichgewicht bringt. Verschärft wird dieser Druck noch dadurch, daß wir aus moralischen Gründen jedem Menschen die bestmögliche Bildungsqualifikation ermöglichen, so daß immer wieder angebotene Überqualifikationen im Verhältnis zur Nachfrage entstehen. Das Gleichgewicht wird dann teilweise dadurch wieder hergestellt, daß die Qualifikationsanforderungen an die Berufspositionen erhöht werden. Dabei handelt es sich nicht nur um Sachkompetenzen, sondern auch um extrafunktionale Qualifikationen, die immer mehr in einer kreativen, leistungsbereiten, gänglichen und verantwortungsbewußten Persönlichkeit gesehen werden. Die Personalentwicklung moderner Unternehmen will aus Mitarbeitern Persönlichkeiten machen, die sich Lawrence Kohlbergs (1969, 1987) Stufe 6 des postkonventionellen Moralbewußtseins nähern. Sie sollen zu selbständigem, verantwortungsbewußtem Handeln befähigt werden und die Konsequenzen ihres Handelns innerhalb und außerhalb des Betriebes so vorausberechnen, daß es stets zum Wohle des Betriebes, der Gesellschaft und der ganzen Menschheit beiträgt. Der moderne Betrieb kann nur dann langfristig überleben, wenn er nicht nur kurzfristige Gewinne einstreicht, sondern so operiert, daß menschliches Zusammenleben auf lokaler, regionaler, nationaler, supranationaler und globaler Ebene noch möglich ist bzw. eher angenehmer und für alle Seiten gedeihlicher wird als bisher. Das weiß auch der Personalentwickler.

Die ständige Steigerung des Bildungsniveaus der Bevölkerung, dessen vermehrte Umsetzung in Erwerbstätigkeit, die Einrichtung des lebenslangen Lernens, die immer breitere Durchführung betrieblicher Personalentwicklung und ihre Intensivierung in die Richtung von Selbstverantwortung haben die moralischen Anforderungen an die Berufsarbeit unablässig gesteigert. Der Anteil der Bevölkerung, der diesen Anforderungen unterworfen wird, ist größer geworden, und die Anforderungen selbst sind für eine stets wachsende Zahl

von Berufspositionen intensiviert worden. Über die Brücke der Berufsarbeit dringt die moderne Moral deshalb auf stets breiterer Front und immer tiefer in das Feld des ökonomischen Handelns ein.

Die Anforderungen an die Berufsarbeit sind insofern mit der Säkularisierung nicht geschrumpft, sondern gewachsen. Und das schließt die moralischen Gebote mit ein. Wenn heute die Berufsausübung weniger als Pflichterfüllung und mehr als Selbstverwirklichung verstanden wird, dann impliziert dieser Wandel keinesfalls eine Entmoralisierung des Berufs. Vielmehr wird heute an den Beruf nicht länger eine traditionalistische Pflichtethik, sondern eine moderne Ethik der Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung herangetragen. An den Beruf werden nach wie vor die höchsten moralischen Maßstäbe angelegt. Wir *sollen* uns im Beruf selbst verwirklichen und selbst verantworten. Je weniger wir dies aufgrund äußerer Gegebenheiten, formaler Anforderungen der Berufsrolle und persönlicher Mängel können, um so weniger werden wir geachtet.

Die Inklusion von immer mehr Menschen in die Gewährung gleicher Chancen zur individuellen Bewährung in der Berufsarbeit, die Verlängerung, Verwissenschaftlichung und technische Qualifizierung der Ausbildung, die Erweiterung der wirtschaftlichen Kooperation im Betrieb und über den Betrieb hinaus bis in globale Verflechtungen hinein, Arbeitssicherheit und Produktsicherheit, Solidaritätszahlungen in das Wohlfahrtssystem, Aufwendungen für Weiterbildung und Maßnahmen des Umweltschutzes haben die moralischen Anforderungen an die Berufsarbeit nicht sinken, sondern unzweifelhaft steigen lassen. Der moralische Druck auf die Berufsarbeit ist schon deshalb größer geworden, weil die Moral durch die Aufklärung radikalisiert wurde und die moralischen Diskurse aus der Umklammerung durch die ständische Ordnung und ihre Differenzierung von Privilegien befreit wurden. Die Gebote der rechtlichen Gleichheit, der Solidarität gegenüber jedermann und – frau, der Vernunft und des Fortschritts der ganzen Menschheit haben einen moralischen Diskurs entfaltet, für dessen Anforderungen es keine prinzipiellen, höchstens faktische, stets ihrer Überwindung harrende Grenzen gibt.

Wenn wir heute mit wachsender Beschleunigung Zeugen von massenmedial veranstalteten Tribunalen über Waffengeschäfte, Sicherheitsmängel, Umweltsünden, Abbau von Arbeitsplätzen und Betriebsstillegungen werden, dann ist diese Entwicklung weder umstandslos als Zeichen der morali-

schen Verrottung noch als Zeichen der moralischen Indifferenz der Ökonomie zu werten, über die wir uns umsonst moralisch erregen, weil ohnehin keine moralische Steuerung der autopoietisch operierenden Ökonomie möglich ist. Es dürfte kaum zu bestreiten sein, daß ein erheblicher Teil dieser Häufung moralischer Tribunale einer gesteigerten moralischen Sensibilität zu verdanken ist. An dieser moralischen Sensibilisierung arbeiten philosophische Diskurse über Gerechtigkeit ebenso mit wie eine enorm erhöhte Zahl moralischer Unternehmungen, wie z.B. *Greenpeace*, *Friends of the Earth*, *Robin Wood* oder *World Wildlife Fund*. Dazu gehören auch eine erhebliche moralische Mobilisierung der Bevölkerung durch neue soziale Bewegungen, ein stets aggressiver arbeitender Enthüllungsjournalismus, der damit Auflagenzahlen und Einschaltquoten nach oben treibt, eine durch diesen moralischen Druck verschärfte Gesetzgebung und eine häufiger in Anspruch genommene und ebenso mehr sensibilisierte Rechtsprechung. Diese konzertierte Aktion gegen die moralische Entgleisung der Ökonomie ist gerade der Garant für ihre unentwegte Durchdringung mit moralischen Geboten und für den Erhalt der Berufsarbeit als Mittler zwischen Moral und Ökonomie.

Je mehr sich der moralische Diskurs auf die Sachfragen der Ökonomie einläßt, um so mehr muß er jedoch ihren Gesetzen Tribut zollen und anerkennen, daß man den Kuchen nicht essen und trotzdem noch weiter behalten kann. Hier kommt es auf die ökonomisch-moralische Kleinarbeit jenseits der öffentlichen Tribunale an. Sie ist in Kommissionen zu leisten, in denen moralische, wissenschaftliche, politische und ökonomische Experten gemeinsame Richtlinien, Normenwerke und Gesetze ausarbeiten, an denen sich die Berufsarbeit verbindlich zu orientieren hat, um den ökonomischen Notwendigkeiten und moralischen Maßstäben zugleich gerecht werden zu können. Ohne diese Kleinarbeitung des öffentlichen Diskurses in nichtöffentlichen Arbeitsrunden erleben wir allein eine Erhitzung der Kommunikation und der Gemüter, ohne daß neue Problemlösungen gefunden werden. Die gewachsene Kommunikation führt zu keiner neuen Verständigung und unterliegt einer rapiden Entwertung, wenn nur noch die großen Worte und gegenseitigen Anschuldigungen regieren. Dramatisierung auf der einen, Verharmlosung auf der anderen Seite implizieren eine sprachliche Inflation, an deren Ende nichts mehr geglaubt wird, die Kommunikation zusammenbricht und das wechselseitige Mißtrauen in blinden Aktionis-

mus bis hin zu brutaler Gewalt und Gegengewalt mündet (Münc 1991/1992b: 103–108).

4. Von der Ökonomie des Liberalismus zur Wohlfahrtsökonomie

Die individualistische Berufsethik schuf die moralische Grundlage des ökonomischen Liberalismus (Smith 1776/1937) und hat bis heute in dem Maße Geltung, in dem Achtung für individuelle Leistungen vergeben wird und Zahlungen dorthin gehen, wo nachgefragte Leistungen angeboten werden. Die Entwicklung der modernen Wirtschaft ist jedoch beileibe nicht auf dieser Stufe der Verknüpfung von Achtung und Zahlung stehengeblieben. Eine weitere Stufe stellt die Herausbildung der Wohlfahrtsökonomie dar (Pigou 1920/1960). Zwischen Ökonomie und Moral schält sich auch ein System der moralischen Zahlungen einer umfassenden Wohlfahrtsökonomie heraus, in dem Zahlungen aufgrund moralischer Rechte empfangen und aufgrund moralischer Pflichten geleistet werden. Moralische Anforderungen werden hier im Rahmen des ökonomisch Machbaren erfüllt. Die Moral und die Zuteilung von Achtung und Mißachtung sind in der Gegenwartsgesellschaft ohne Ökonomie nicht denkbar, und zwar um so mehr, je mehr Gutes für bedürftige Menschen getan werden soll. Wenn wir erwarten, daß heute jeder Mensch ein Recht auf ein materiell menschenwürdiges Dasein hat, unabhängig von seiner eigenen ökonomischen Leistungsfähigkeit, dann entziehen wir die Moral dem bloßen Vergeben von Almosen und machen sie zu einer umfassenden Wohlfahrtsökonomie, die darauf ausgerichtet ist, den materiellen Wohlstand für alle Menschen zugleich zu steigern. Das heißt, daß die Bewältigung von Knappheit auf breiter Front durch ein umfassendes Programm des wirtschaftlichen Wachstums gewährleistet werden muß. Zwangsläufig gewinnen dadurch ökonomische Sachzwänge eine nie zuvor dagewesene Priorität. Schlendrian, Lässigkeit und Verschwendung von Ressourcen kann sich nur eine Gesellschaft leisten, die nicht alle ihre Mitglieder im Wohlstand leben lassen muß. In der Wohlfahrtsökonomie setzt sich die Moral selbst unter ein ökonomisches Diktat, weil sie das ganze Leben der Gesellschaft zu einer Frage der Wohlstandsmehrung und -verteilung macht. Die moralischen Maßstäbe werden auf die ökonomischen Notwendigkeiten eingestellt. Gutes tun heißt, Leistungen zu erbringen, die wertschöpfend wirken, Arbeitsplätze schaffen und auf diese Weise auch

das Niveau der Sozialabgaben erhöhen. Die sachliche Beurteilung der Leistungen selbst wird tendenziell in den Hintergrund gedrängt. Wir halten unseren Wirtschaftskreislauf mit der Herstellung einer Menge von Produkten im Gang, von denen in einer erweiterten, über die Wohlfahrtsökonomie hinausgehenden moralischen Sicht höchst fragwürdige Effekte ausgehen: Der Zigarettenkonsum erhöht die Zahl der Krebs- und Herzkreislauferkrankungen, der Waffenexport vermehrt die Zahl kriegesischer Konflikte in der Welt, Gewaltdarstellungen in Film und Fernsehen lassen die Zahl von Gewalttaten ansteigen, jede Reise trägt zur Zerstörung natürlicher und soziokultureller Lebenswelten bei. All diese wirtschaftlichen Aktivitäten treiben jedoch das Bruttosozialprodukt in die Höhe und erlauben eine breitere Versorgung der Bevölkerung mit Arbeitsplätzen, Einkommen und Sozialleistungen. Der Waffenexport sichert die interne Solidarität im Wohlfahrtsstaat auf höherem Niveau. Das gibt ihm seine moralische Rechtfertigung. Solange wir nicht weiter nach seinen Konsequenzen fragen, greifen indessen die ökonomischen Sachzwänge immer breiter und tiefer in die Moral hinein. Als moralisch gerechtfertigt gilt dann alles, was das Bruttosozialprodukt nach oben bringt.

Die akribisch ermittelten, regelmäßig verbreiteten und diskutierten Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts werden als Indikatoren guter Lebensführung benutzt. Steigt das Bruttosozialprodukt, dann dürfen sich Arbeitnehmer und Unternehmer, Konsumenten und Produzenten, Regierung, Zentralbank, Verwaltung und Bürger, Wissenschaftler und Techniker des Lobes von Experten und Fernsehkommentatoren erfreuen. Arbeitsfleiß, unternehmerische Weitsicht und Investitionstätigkeit, maßvolle Lohnabschlüsse, gute Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik, wissenschaftliche und technische Innovationskraft und ausgiebiger Konsum werden als die Tugenden gepriesen, die durch erhöhte Prozentpunkte bei der Steigerung des Bruttosozialprodukts belohnt werden. Lassen die Steigerungsraten nach oder sinkt das Bruttosozialprodukt sogar, dann bleibt der Tadel nicht aus. Faule, leistungsunwillige, krankfeiernde und zu anspruchsvolle Arbeitnehmer, kurzsichtige, risikolose und investitions scheue Unternehmer, falsch operierende Regierungen und Zentralbanken, lahme Bürokraten, einfallslose Wissenschaftler und Techniker und zu zaghafte Konsumenten müssen sich dann den öffentlichen Tadel von der Kanzel des Fernsehstudios anhören. Wer sich dem Kult um das Wachstum des Bruttosozialprodukts ver-

weigert, obwohl er oder sie leistungsfähig ist, stellt sich in das moralische Abseits. Dieser Kult hat seine hohen Priester in den „fünf Weisen“ des Sachverständigenrats und viele Prediger in den Kommentatoren von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Die Etablierung der Wohlfahrtsökonomie zum Glaubensbekenntnis der modernen Gesellschaft war es, die den ökonomischen Wachstumszwängen das Tor zur Moral geöffnet hat. Sie ist auf so breiter Front und so tief in unsere Moral eingedrungen, daß sie in der Tat zu einer ökonomischen Wachstumsmoral geworden ist, die neben sich kaum andere Götter duldet. Sie kann sich auf vergangene Erfolge der Besserung der Lebensverhältnisse, der Befreiung von Not, Leid und Ungerechtigkeit stützen, und sie verfügt über einen riesigen Stab von Priestern. Die ökonomische Profession hat die Theologen, Juristen und Mediziner in der Zahl ihrer Mitglieder und in ihrem Eindringen in alle Gesellschaftsbereiche übertroffen. Den Haushalts- und Finanzexperten brauchen nicht nur Wirtschaftsunternehmen, sondern auch Verwaltungen, Regierungen, Parteien, Verbände, Theater, Museen, Universitäten, Forschungsstätten, Kirchen, Sekten, Vereine und Familien, und dies um so mehr, je größere Leistungen sie mit den stets begrenzten Mitteln erbringen wollen. Deshalb ist das ökonomische Denken überall und keineswegs nur in der Wirtschaft im engeren Sinn wirksam. Keine Nische der Gesellschaft bleibt unerfaßt. Gegenwärtig äußert sich diese Entwicklung besonders eklatant in den Bestrebungen, die Kranken- und die Rentenversicherung zu reformieren, um sie bezahlbar und leistungsfähig zu erhalten (*SPIEGEL* 1994a: 21–24). Die Wirtschafts- und Finanzexperten bilden in ihrer herrschenden Stellung eine stabile und auf breiter Basis stehende Trägerschicht der ökonomischen Moral. Die Herrschaft des ökonomischen Denkens wäre ohne diese Trägerschicht und ohne deren Funktion als Priester des ökonomischen Glaubensbekenntnisses und Wächter über die Einhaltung der ökonomischen Moral nicht denkbar. Das Ausmaß, in dem die Gesetze der Ökonomie die Gesellschaft beherrschen und in jeden ihrer Winkel hineinwirken, ist nicht aus der Befreiung der Ökonomie von der Moral zu erklären, sondern aus der Etablierung der Wohlfahrtsökonomie zum moralischen Kodex der Gesellschaft und aus dessen Absicherung durch die Dauerbeobachtung des ökonomischen Wohlverhaltens der Gesellschaft mittels Wachstumsmessung, die rituelle Bekräftigung des Bekenntnisses in Sachverständigengutachten und Kommentaren und dessen Stabilisierung durch die

Führungselite der Wirtschafts- und Finanzexperten. Die Gesetze der Ökonomie würden ohne diese moralisch-religiöse Grundlage viel weniger Beachtung finden, sie würden viel weniger Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kontrollieren und sie würden viel häufiger durch ökonomisch irrationales Handeln verletzt, als dies in den modernen Gegenwartsgesellschaften der Fall ist.

In Anlehnung an Jean Baudrillard (1983) könnte man sagen, daß die Ökonomie durch die Transökonomie und die Moral durch die Transmoral abgelöst worden ist. Die Funktionssysteme haben ihr traditionelles Institutionenbett verlassen und überfluten sich gegenseitig. Es gibt keine institutionellen Grenzen der Ökonomie oder der Moral mehr. Beide sind ineinandergeflossen und empirisch nicht mehr voneinander zu unterscheiden. Das macht die Wirtschaft moralisch so schwer angreifbar. Sie hat die Moral schon auf ihre Seite gezogen. Die Moral selbst hat ihre Jungfräulichkeit verloren, ist ökonomisch kontaminiert und muß weiter mit Kompromissen leben, weil sie sich ohnehin schon auf den Kompromiß mit der Ökonomie eingelassen hat.

5. Von der Wohlfahrtsökonomie zur Umweltökonomie

Die Wohlfahrtsökonomie konnte sich auch deshalb in der gegebenen Breite und Tiefe durchsetzen, weil sie als eine Basis begriffen wird, auf der alle anderen moralischen Gebote besser zu erfüllen sind. Eine ständige Vergrößerung des zu verteilenden Kuchens mildert Verteilungskonflikte, wirkt also befriedend, entschärft Notlagen, beseitigt Leiden, schafft Freiheitsräume und mehr Gleichheit für mehr Menschen. Das Bruttosozialprodukt ist ein Wertmaßstab, mit dem sich das moralische Wohlverhalten der Gesellschaft präzise messen läßt. Und es scheint so, daß mit diesem Maß auch die anderen moralischen Qualitäten indirekt erfaßt werden können, da sie sich auf der Basis des ökonomischen Wachstums entfalten. Die Einfachheit des ökonomischen Wertmaßstabs trägt nicht unwesentlich zu dessen Langlebigkeit bei. Dagegen haben es moralische Maßstäbe, die sich nicht so leicht quantifizieren lassen, schwer, die Wachstumsmoral zu relativieren. Thesen über die Grenzen des Wachstums oder über die gesundheitlichen, kriegesischen, lebensweltzerstörerischen Effekte des Wirtschaftswachstums prallen als Hinweise auf „Anomalien“ an dem stets meßbaren Wohlstandsfortschritt ab, solange sie nicht

selbst zu einem neuen integrierten und quantifizierbaren Maßstab des guten Lebens zusammengefügt werden können. Die Auflösung der „Anomalien“ wird wahrscheinlich in erheblichem Umfang durch deren Übersetzung in das ökonomische Paradigma erfolgen (Leipert 1989). So wird z.B. die Belastung der Umwelt selbst als ökonomisches Problem betrachtet. Die Umweltökonomie versteht die natürliche und die sozio-kulturelle Umwelt des Menschen als ein globales Gemeinschaftsgut, dessen Nutzung so zu gestalten ist, daß es sich stets erneuern kann und zu weiterer Nutzung zur Verfügung steht. Die Frage ist dann, den optimalen Punkt der Umweltbelastung herauszufinden, in dem sich die Kurven von Umweltbelastungskosten und Umweltentlastungskosten schneiden (Wicke 1989: 361).

Allerdings bleibt dabei unberücksichtigt, ob natürliche und sozio-kulturelle Lebenswelten einen Wert an sich darstellen und vor jeder Art von Eingriff geschützt werden müssen. Vom Standpunkt der Wohlfahrtsökonomie handelt es sich dabei um brachliegendes Land, das in der ökonomischen Gesamtrechnung der Weltgesellschaft zu wenig Nutzen bringt. Ein Naturreservat, das niemand sehen darf, nutzt niemandem etwas, es sei denn, daß es zum globalen Erhalt notwendiger Ressourcen beiträgt. Dagegen wächst der Nutzen in der Gesamtrechnung mit der Zahl der Touristen, die es besuchen können, ohne daß es von ihnen zerstört wird. Die Frage ist jedoch, wo die Zerstörung beginnt. Qualitativ könnte man sie schon beim Betreten durch den ersten Besucher ansetzen. Das betretene Naturreservat ist nicht mehr dieselbe Lebenswelt, die es einmal war. Die ökonomische Gesamtrechnung nimmt auf solche qualitativen Spitzfindigkeiten jedoch keine Rücksicht. Für sie sinkt der Nutzen eines Naturreservates allein mit der Zahl der Besucher, die eines Tages fernbleiben, weil sie keinen Nutzen mehr aus dem Aufenthalt ziehen können. Die Umweltökonomie ist gewiß eine Verfeinerung und Erweiterung der ökonomischen Moral, aber sie bleibt natürlich dem ökonomischen Paradigma verhaftet. Je weiter sie entwickelt wird, um so fester wird der ökonomische Moralkodex wieder im Sattel sitzen.

Die Umweltökonomie ist eine zwangsläufige Folge der Wohlfahrtsökonomie mit ihrem Programm des Wohlstands für alle. Schließen wir die Erhaltung der Umwelt in unsere moralischen Gebote mit ein, dann zwingt uns die Knappheit der Ressourcen angesichts unserer Bedürfnisse zu einer durch und durch kalkulierten Umweltökonomie. Hier wird das ökonomische Kalkulieren ein not-

wendiger Bestandteil des moralischen Handelns. Diese Durchdringung der Moral durch die Ökonomie geschieht deshalb, weil mit der unablässigen Erweiterung moralischer Rechte die Gesetze der Knappheit um so mehr zur Geltung gelangen. Solange nur die wenigen Reichen zu geringen Almosen verpflichtet waren, gab es noch keinen Zwang zur Wohlfahrtsökonomie. Die Wohlfahrtsökonomie ist eine Übertragung des ökonomischen Kalkulierens auf solidarische Hilfe nach moralischen Geboten. Je weiter das moralische Recht auf ein materiell menschenwürdiges Dasein gefaßt wird und je mehr Menschen in seinen Genuß kommen sollen, um so mehr Ressourcen müssen dafür durch die ökonomische Leistungssteigerung bereitgestellt werden. Solange nur wenige am Wohlstand partizipieren durften, existierte jedoch noch kein Zwang zur Umweltökonomie. Diese ist keine Einschränkung des ökonomischen Denkens, sondern vielmehr dessen Ausdehnung auf den Umgang mit der Umwelt. Die totale, absolut unökonomische Umweltverschwendung der Wohlstandsgesellschaft wird mehr und mehr in die Zwangsjacke des sparsamen Umgangs mit den knappen Ressourcen der Umwelt gesteckt.

Die Wohlfahrtsökonomie und die Umweltökonomie stellen Interpenetrationszonen zwischen Moral und Ökonomie dar, die als Brücken für den Transport der Anforderungen von der einen zur anderen Seite dienen. Auch hier bedeutet dies, daß moralisches Handeln den Stoff für die Prägung durch ökonomisches Rechnen und umgekehrt ökonomisches Handeln den Stoff für moralische Achtungszuweisung liefert.

6. Drei Stufen der gegenseitigen Durchdringung von Ökonomie und Moral: ökonomischer Liberalismus, Wohlfahrtsökonomie und Umweltökonomie

Ich möchte die vorausgegangenen Betrachtungen zur historischen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Zahlung und Achtung jetzt in eine systematische Fassung bringen und die Richtung aufzeigen, in der die moderne Gesellschaft neue Institutionen herausbilden muß. Die „Ausdifferenzierung“ des modernen kapitalistischen Wirtschaftssystems wird nicht richtig begriffen, wenn wir sie als Trennung einer moralfreien Sphäre des nutzenkalkulierenden ökonomischen Handelns aus den moralischen Fesseln der traditionellen und ständischen Gesellschaft verstehen. Vielmehr handelt es sich um einen Strukturwandel der Gesellschaft,

der einen Wandel ihrer moralischen Grundlagen selbst impliziert. Das ökonomische Handeln wird zwar aus der traditionellen und ständischen Moral entlassen, aber zugleich auf neue moralische Grundlagen gestellt. Es werden traditionale und ständische Beschränkungen von Handwerk, Gewerbe und Handel abgebaut. An die Stelle ständischer Privilegien, zunftförmiger Kundenaufteilung, religiöser Verurteilung von Wucher und Zinsnahme und traditionaler Definitionen des gerechten Preises treten die offene Konkurrenz um knappe Ressourcen, der freie Austausch, die freie Verfügung über Eigentum und der freie Vertrag. Erwerbschancen werden nicht länger durch den Status in der ständischen Hierarchie bestimmt, sondern durch Leistung im offenen Wettbewerb und Leistungsaustausch im freien Vertragsverhältnis.

Dieser Strukturwandel konnte sich nur vollziehen, weil die traditional-ständische Moral durch die moderne individualistische Moral abgelöst wurde. Während die traditional-ständische Moral den Menschen aufgrund seiner durch Geburt bestimmten ständischen Zugehörigkeit achtet, kennt die moderne individualistische Moral den Menschen nur als freies Individuum und gesteht ihm Achtung allein aufgrund seiner eigenen Leistung zu, worin immer diese auch bestehen mag. Die Wurzel dieses Strukturwandels der Moral hat Max Weber (1920/1972a) im asketischen Protestantismus ausgemacht. Hier findet sich der Durchbruch einer *individualistischen Berufsethik*, die zur moralischen Grundlage des wirtschaftlichen Handelns wird. Sie läßt die individuelle Leistung im offenen Wettbewerb zur einzig legitimen Quelle von Einkommen und Achtung zugleich werden. Und sie definiert auch die Kriterien des moralisch legitimen Berufserfolges: Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit, Zuverlässigkeit, Fleiß und Sparsamkeit. Die bürgerlichen Tugenden werden zur allgemeingültigen Moral der gesamten Gesellschaft. Der Entfaltung der bürgerlichen Tugenden wird noch dadurch die Krone aufgesetzt, daß die individuelle Leistung des einzelnen im Calvinismus gleichzeitig dem Ruhme Gottes und im säkularen Liberalismus dem Wohle der ganzen Gesellschaft dient. Von Calvin zu Adam Smith, Jeremy Bentham und John Stuart Mill verfällt die Moral nicht, sie stellt lediglich ihren Geltungsgrund von Gott auf die Gesellschaft um (Weber 1920/1972a: 84–236; Smith 1759/1966, 1776/1937; Bentham 1789/1970; Mill 1861/1974). Die Bewältigung von Knappheit erfährt eine außerordentliche moralische Aufladung. Wer durch individuelle Leistung einen Beitrag zur Knappheitsbe-

wältigung leistet, soll dafür auch belohnt werden, und zwar mit Geldeinkommen und moralischer Achtung. So will es der Liberalismus. Er ist nicht nur eine wissenschaftliche Theorie des rationalen Wirtschaftens, sondern auch eine moralische Legitimation des kapitalistischen Wirtschaftssystems und des Prinzips der Belohnung nach individueller Leistung im offenen Leistungswettbewerb.

Der binäre Code von Zahlen/Nichtzahlen ist inhaltsleer. Er sagt in keinem einzigen Fall, ob, wofür, an wen wieviel gezahlt werden soll. Ein konkreter Akt des Zahlens oder Nichtzahlens kann erst durch die Einrichtung eines Programms und dessen Abrufung nach individuellen Motiven generiert werden. Die Einrichtung eines Programms geschieht bei sozialen Systemen durch die Institutionalisierung normativer Regeln, sowohl in Gestalt von Rechtsnormen als auch in Gestalt von diesen zugrunde liegenden oder diese ergänzenden moralischen Normen. Diese können nur dann eine über zufällige Interessenkomplementarität oder gewaltsame Erzwingung hinausgehende Geltung haben, wenn sie in einem moralischen Konsensus der Gesellschaft verankert sind. So bilden die Rechtsinstitute des freien Eigentums und des freien Vertrags sowie die individualistische Berufsethik das Programm, das die Vorgänge des Zahlens oder Nichtzahlens reguliert. Sie sind diesen Vorgängen nicht äußerlich, sondern konstituieren diese erst. Ohne dieses Programm müßte überhaupt nicht gezahlt werden, um Bedürfnisse zu befriedigen. Entweder hat man ohnehin genug Besitz, um nicht zahlen zu müssen, oder man hat nichts und ist deshalb auf Almosen angewiesen, oder man hat Geld und kann trotzdem nicht alles erwerben oder man bringt sich durch Gewalt oder Täuschung in den Besitz der gewünschten Objekte. Die individualistische Berufsethik und die Rechtsinstitute des freien Eigentums und des freien Vertrags sind nicht Umwelt des wirtschaftlichen Handelns, sondern dessen konstitutiver Bestandteil. Als ein Handeln, das allein für Leistung bezahlt wird, wäre die wirtschaftliche Daseinsvorsorge ohne diese normative Programmierung gar nicht möglich.

Im realen Akt des wirtschaftlichen Handelns durchdringen sich Ökonomie und Moral gegenseitig. Das Eigentumsrecht, das Vertragsrecht und das gesamte Wirtschaftsrecht formen die Interpenetrationszone, in der Moral, Recht und Wirtschaft eine gemeinsame Schnittmenge bilden. Je mehr moralisches Rasonieren Eingang in die Rechtssetzung findet, um so mehr dient das Recht auch mittelbar als Transportmittel, das moralische

Erwägungen in den Vollzug wirtschaftlicher Kalkulationen hineinträgt. In der modernen Gesellschaft wachsen alle drei Mengen: Moralische Diskurse nehmen einen immer breiteren Raum ein, begründen eine wachsende Zahl von Rechten, dehnen ihren Anwendungsbereich aus und sprechen sie mehr Menschen zu. Die Gesetzgebung vermehrt das Paragraphenwerk, spezifiziert mehr Rechte und stimmt mehr Rechte aufeinander ab als zuvor. Die Rechtsprechung wird in größerem Umfang zur Beilegung von Konflikten in Anspruch genommen. Die wirtschaftlichen Transaktionen wachsen in der Zahl, im Umfang, in den transferierten Geldsummen und in dem einbezogenen Kreis von Personen. Zugleich wird die Schnittmenge aller drei Mengen größer. Ihr Wachstum äußert sich im zunehmenden Paragraphen- und Seitenumfang des Eigentums-, Vertrags- und Wirtschaftsrechts und in der steigenden Zahl anhängiger Gerichtsverfahren in diesen Rechtsbereichen. Das Bruttosozialprodukt ist in der Bundesrepublik (West) von 1950 bis 1992 in konstanten Preisen von 1985 von 378,1 Milliarden auf 2,246 Billionen DM gewachsen. Betrachtet man die Gesetzgebung des Bundes seit 1949, dann zeigt sich, daß fast in jeder Wahlperiode zwischen 25 und 37 Gesetzen für den Bereich der Wirtschaft verabschiedet wurden. Nach oben wichen die 1., 4. und 7. Wahlperiode mit 66, 46 und 53 Gesetzen ab, nach unten allein die 9. mit 8 Gesetzen. Die Rechtsverordnungen variieren zwischen 98 und 199 mit der Ausnahme von 351 in der ersten Wahlperiode. Die Zahl anhängiger Verfahren an Zivilgerichten, von denen Streitfälle des Wirtschaftsrechts einen erheblichen Anteil einnehmen, hat sich von 1957 bis 1991 von 1,1 auf 2,2 Millionen verdoppelt. Die größten Posten machen dabei das Wohnungsmietrecht, das Kaufrecht und das Verkehrsunfallrecht aus (Statistisches Bundesamt 1960: 126, 140; 1970: 116; 1981: 89; 1993: 103, 397, 680).

Anhand dieser Indikatoren läßt sich leicht nachweisen, daß die Entwicklung der modernen Gesellschaften durch eine wachsende Interpenetration von Ökonomie, Recht und Moral gekennzeichnet ist und ihre expandierende Schnittmenge das gesellschaftliche Handeln mehr und mehr auf die Austragung des Konflikts zwischen ihren Anforderungen einstellt. Diese Konfliktaustragung bedarf ebenso der institutionellen Regelung wie die moralischen Diskurse, rechtlichen Verfahren und ökonomischen Transaktionen außerhalb der gemeinsamen Schnittmenge, die man den jeweiligen Funktionssystemen zurechnen kann. Dieser

Regelungsbedarf gelangt z.B. in der Inanspruchnahme von Rechtsexperten bei wirtschaftlichen Transaktionen und von Wirtschaftsexperten bei Verfahren der Gesetzgebung und Rechtsprechung im Wirtschaftsrecht zum Ausdruck. Nachdem das Flußbett der bestehenden Institutionen von den gewachsenen Strömen ökonomischer, politischer, rechtlicher und moralischer Kommunikationen überflutet worden ist und die Kommunikationsströme eher noch weiter anschwellen, als daß sie wieder gedrosselt werden können, müssen neue Institutionen die soziale Ordnung auf einer neuen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung wiederherstellen.

Was uns als Autonomie des Wirtschaftssystems in der Einstellung der wirtschaftlichen Daseinsvorsorge allein auf den Erwerb durch individuelle Leistung bei offenem Wettbewerb erscheint, folgt keiner evolutionär unausweichlichen Entlassung der Wirtschaft aus moralischen Anforderungen, sondern ist selbst moralisch und rechtlich konstituiert. Damit haben aber Moral und Recht selbst einen Fuß im Wirtschaftssystem. Die Programmierung des wirtschaftlichen Handelns ist auch in der modernen, „funktional differenzierten“ Gesellschaft von Anfang an eine moralische und rechtliche Frage. Wie weit das Zahlen und das Nichtzahlen nach individueller Leistung erfolgen, wie frei über Eigentum verfügt werden kann und welchen Kriterien welche Art von Verträgen genügen sollen, wird keineswegs von einer vorgängigen Autopoiesis der Wirtschaft festgelegt, sondern von den in der Gesellschaft stattfindenden moralischen Diskursen, politischen Kämpfen, Gesetzgebungsverfahren und rechtlichen Umsetzungen der Gesetze. Zwischen den moralischen Diskursen und den wirtschaftlichen Kommunikationen besteht kein Verhältnis der gegenseitigen Beobachtung, sondern ein solches von Form und Inhalt. Die leere Form des Zahlens und Nichtzahlens erhält erst durch moralische, politische und rechtliche Programmierung einen Inhalt. Zwischen Moral und Ökonomie wird nur durch die analytische Betrachtung des Beobachters eine Grenze gezogen, aber nicht im realen Vorgang des wirtschaftlichen Handelns.

Soweit Wirtschaften mehr ist als der analytisch abgrenzbare Kreislauf von Zahlungsvorgängen, sondern ein Handeln von Subjekten, ist es stets moralisch mitkonstituiert. Die Autonomie der Wirtschaft des Liberalismus gründet letzten Endes in dem moralischen Konsensus über die Richtigkeit der Verteilung von Belohnungen nach dem Leistungsprinzip. In dem Maße, in dem dieses Prinzip

moralisch in Frage gestellt wird und es gelingt, diese Zweifel in Veränderungen des Rechts umzusetzen, verändert sich das Programm des Wirtschaftssystems. Keine vorgängige Autopoiesis schützt das Wirtschaftssystem gegen solche Veränderungen, da es selbst von innen heraus schon auf Moral und Recht gründet.

In der Tat ist ja die moralische Entwicklung der modernen Wirtschaft auch nicht bei der Theorie des Liberalismus und der individualistischen Berufsethik stehengeblieben. Nach der moralischen Etablierung des rationalen Kapitalismus durch die bürgerliche individualistische Berufsethik war es die Arbeiterbewegung, die dafür gesorgt hat, daß Wirtschaften auf die Mehrung des Wohlstandes der gesamten Bevölkerung, auf die Unterstützung der weniger Leistungsfähigen durch die Leistungsfähigen durch progressive Steuern, auf die soziale Absicherung der vorübergehend oder dauerhaft Leistungsunfähigen durch die Leistungsfähigen, auf die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Arbeitenden durch Arbeitsschutz und auf die Qualifizierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit durch Bildung, Ausbildung und Weiterbildung programmiert wurde. Die Moral der *Wohlfahrtsökonomie* hat die individualistische Berufsethik als moralische Grundlage des Wirtschaftssystems relativiert und ergänzt. Sie legt fest, daß ein erheblich gewachsener Teil von Zahlungen nicht aufgrund individuell erbrachter Leistungen erfolgt, sondern als sogenannte Transferzahlung von den Leistungsfähigeren auf die weniger Leistungsfähigen, von den Leistungsfähigen auf die vorübergehend oder dauerhaft Leistungsunfähigen übertragen wird. Da es sich hier um Zahlungsvorgänge handelt, die Zahlungsfähigkeit bzw. Zahlungsunfähigkeit erhöhen bzw. vermindern, behalten sie die Form der wirtschaftlichen Kommunikation. Ihr Inhalt sagt uns jedoch erst, an wen unter welchen Bedingungen wieviel gezahlt wird, und dieser Inhalt wird erst durch das moralisch etablierte Programm der Wohlfahrtsökonomie bestimmt.

Die Wohlfahrtsökonomie ist eine neue moralische Programmierung des ökonomischen Handelns, das erst durch diese Programmierung reale Gestalt annimmt. Zugleich wird mit diesem Programm ein wachsender Druck auf die Steigerung der Produktivität ausgeübt. Je mehr Rechte auf materielles Wohlergehen den weniger Leistungsfähigen und den vorübergehend oder dauerhaft Leistungsunfähigen mit moralisch guten Gründen zugestanden werden, um so mehr Leistungen müssen von den Leistungsfähigen erbracht werden. Das geht durch die Steigerung ihrer Produktivität und durch ihre

Bereitschaft, einen Teil ihrer Entlohnung an die weniger Leistungsfähigen und die Leistungsunfähigen abzugeben. Die Wohlfahrtsökonomie gehorcht insofern nicht einfach einer wirtschaftlichen Autopoiesis, sondern einer Moral, die den Druck auf das wirtschaftliche Wachstum im Vergleich zur Moral der Entlohnung nach individueller Leistung noch erhöht hat.

Die Gesellschaft hat ein neues Arrangement für das Verhältnis von Zahlung und Achtung gefunden. Nach der individualistischen Berufsethik werden wir um so mehr geachtet, je mehr wir Leistungen erbringen, die in der Gesellschaft *nachgefragt* werden. Zugleich gibt uns diese Leistung das Recht, besser bezahlt zu werden als diejenigen, deren Leistungen weniger gesucht werden, entweder weil sich niemand dafür interessiert oder weil zu viel andere dieselbe Leistung erbringen können. Die Moral der Wohlfahrtsökonomie gründet auf der Erkenntnis, daß trotz aller Anstrengung nicht alle gleich leistungsfähig sind, weil sie zu jung oder zu alt, behindert oder krank, zu schwach oder zu unqualifiziert sind oder ihre Leistungen gerade nicht auf eine entsprechende Nachfrage stoßen. Trotzdem sollen sie als Mitbürger moralisch geachtet werden und deshalb das Recht auf Transferzahlungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts haben. Wieder haben wir eine enge Verknüpfung von Zahlung und Achtung. Die weniger Leistungsfähigen und die Leistungsunfähigen erhalten Transferzahlungen, *weil* und *sofern* sie als Mitbürger geachtet werden. Die Leistungsfähigen sehen sich dazu moralisch verpflichtet. Sie selbst genießen mehr oder weniger Achtung in Abhängigkeit von ihren Leistungen und den damit verknüpften Transferzahlungen an die Leistungsschwachen und die Leistungsunfähigen. Von einer völligen Trennung von Zahlung und Achtung kann dementsprechend keine Rede sein. Vielmehr legt die Moral der Wohlfahrtsökonomie eine sehr genau bestimmte Relation von Zahlung und Achtung fest. Sie unterscheidet sich von der Moral des Leistungsprinzips nicht dadurch, daß sie nun Moral in einen zuvor moralfreien Raum hineinträgt, sondern dadurch, daß sie die Verknüpfung von Zahlung und Achtung nach dem Leistungsprinzip durch die Verknüpfung nach dem Sozialprinzip einschränkt und ergänzt.

Die individualistische Berufsethik hat einen expandierenden Bereich des wirtschaftlichen Handelns unter moralische Regeln gestellt, der aus der traditional-ständischen Moral der mittelalterlichen Scholastik tendenziell als moralisch minderwertig herausfiel. In diesem Sinn hat sie für eine

Durchdringung des moralisch weniger geforderten wirtschaftlichen Handelns durch moralische Gebote gesorgt. Individuelles Leistungsstreben, Selbstdisziplin und Selbstverantwortung vor Gott bzw. vor der Gesellschaft wurden zu den moralischen Kategorien des rationalen Wirtschaftens. Dadurch wurde Wirtschaften von kurzfristiger Vorteilsnahme, Abenteuerlust und reinem Spekulantentum befreit und überhaupt erst zu einem längerfristig orientierten, planvollen und rationalen Handeln im Hinblick auf die Daseinsvorsorge gemacht. Erst dadurch wurde „ökonomische Rationalität“ als Leitidee für die moderne Wirtschaft geboren. Sie ist ein Interpenetrationsprodukt aus moralisch begründeter Selbstdisziplin und Weitsicht sowie natürlichem Streben nach Bedürfnisbefriedigung unter der Bedingung von Knappheit. Konsumverzicht zum Zwecke der Reinvestition der Gewinne verlangt Selbstdisziplin und Weitsicht. Gleichzeitig regiert dadurch aber auch das Streben nach Bedürfnisbefriedigung unter der Bedingung von Knappheit in die Formulierung der Moral hinein. Die neue bürgerliche Moral verachtet den Müßiggang und die Verschwendung der Aristokratie ebenso wie die mangelnde Selbstdisziplin und Leistungsbereitschaft des „arbeits-scheuen Gesindels“. Die Moral wird so von den Gesetzen des rationalen Wirtschaftens durchdrungen. Ökonomische Rationalität wird zu einer moralischen Kategorie.

Die Entwicklung der Wohlfahrtsökonomie verändert das Verständnis von ökonomischer Rationalität in moralischer und ökonomischer Hinsicht. Ausgangspunkt sind moralische Einwände gegen die sozialen Negativeffekte des Kapitalismus in Gestalt der Produktion von Not und Elend und ihre politische Artikulation durch die Arbeiterbewegung (Pigou 1920/1960). Die moralischen Gründe für Zahlungen und der Kreis der Zahlungsempfänger werden im Vergleich zur Leistungsmoral erweitert. In diesem Sinne greifen moralische Kriterien weiter in die Zahlungsvorgänge hinein als zuvor. Umgesetzt wird dieses Hineingreifen der Moral in die Ökonomie durch neue Rechtsinstitute: die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer, Streikrecht, Tarifautonomie, kollektive Aushandlung von Arbeitsverträgen, Betriebsverfassungsgesetz, Betriebsräte, Mitbestimmung, Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Sozialversicherungspflicht und progressive Lohn- und Einkommenssteuer. Sie alle regulieren den Fluß von Zahlungen inhaltlich nach Kriterien, die in einem moralischen Konsensus gründen müssen, soweit sie über die bloße rechtliche Erzwingung hinaus Geltung besitzen sollen.

Zugleich wird der Begriff der ökonomischen Rationalität von individueller Profitmaximierung durch Konsumverzicht und ständig erweiterte Reinvestition auf die Steigerung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands durch Wirtschaftswachstum umgestellt. Die Arbeiter nehmen an der Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums nicht nur als Produzenten, sondern auch als Konsumenten teil. In dieser Perspektive ist es deshalb ökonomisch rational, von Jahr zu Jahr die Löhne zu erhöhen, um den Umfang des Konsums zu vergrößern. Ebenso werden Zahlungen für Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, für Arbeitsschutz und soziale Sicherung, für Umverteilung und Steuerprogression sowie für Arbeitsschutzmaßnahmen als ökonomisch rational eingestuft, weil sie positive Effekte für die Erhaltung und Qualifizierung der Arbeitskraft und für das Konsumniveau haben. Der Begriff der ökonomischen Rationalität wird von der Wohlfahrtsökonomie im Vergleich zum ökonomischen Liberalismus auf größere Weitsicht programmiert (Berger 1991: 242–244).

Auf der Seite der Moral findet zugleich eine Umstellung auf ökonomisches Kalkulieren statt. Der Staat, die Sozial- und Krankenversicherung und die Wohlfahrtsverbände verwalten einen wachsenden Teil des Bruttosozialprodukts, den sie nun so einsetzen müssen, daß mit den im Verhältnis zu den moralisch berechtigten Ansprüchen stets zu knappen Mitteln ein Maximum des Nutzens aller Berechtigten erreicht wird. Moralisch bedingte Sozialleistungen werden zum ökonomischen Rechenexempel. Da solidarische Hilfe nahezu vollständig auf Zahlungen umgestellt ist, wird sie in entsprechendem Maße den Gesetzen der Ökonomie unterworfen. Es muß ständig kontrolliert werden, ob die knappen Mittel auch ökonomisch rational eingesetzt werden. Die Rechnungsprüfung soll darüber wachen. Damit einher geht ein zunehmender Wettbewerb um die Anerkennung moralischer Ansprüche. Er verschärft sich dadurch, daß moralische Diskurse die Gründe für Zahlungen und den Kreis der anspruchsberechtigten Personen erweitern. Um diese Zahlungen tätigen zu können, müssen die Wohlfahrtsinstitutionen ihre knappen Mittel optimal im Interesse des größtmöglichen Gesamtnutzens einsetzen, und die Wirtschaft muß wachsen, um den verteilbaren Kuchen ständig zu vergrößern.

Die Wohlfahrtsökonomie hat die parallele Steigerung moralischer und ökonomischer Zahlungen zum Programm erhoben. Die Menge moralischer Ansprüche und die Menge ökonomischer Zahlungen wachsen zugleich und bilden durch dieses

Wachstum eine stets größer werdende Zone der gegenseitigen Durchdringung, in der sich die beiden Mengen überschneiden. Dies ist der Bereich von Zahlungen, die nicht für wirtschaftliche Leistungen, sondern für moralische Ansprüche erbracht werden. Dabei ist zu beachten, daß der Bereich wirtschaftlicher Leistungen selbst durch das Leistungsprinzip moralisch gestützt wird, aber im Verhältnis zu den Wohlfahrtsleistungen jetzt als Sphäre der reinen Ökonomie erscheint. Ein einfaches Maß für die Vergrößerung der Schnittmenge von Moral und Ökonomie bilden die jährlich steigenden Sozialausgaben und ihr zunehmender Anteil am Bruttosozialprodukt. Als ein weiteres Maß der sich steigernden Interpenetration von Moral und Ökonomie kann die Zahl und der Seitenumfang von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen des Arbeits- und Sozialrechts dienen. Ebenso mag die Inanspruchnahme der Arbeits- und Sozialgerichte durch anhängige Verfahren herangezogen werden. In jeweiligen Preisen berechnet stellen wir in der Bundesrepublik (West) von 1965 bis 1992 ein Wachstum der gesamten jährlichen Sozialleistungen von 70,8 auf 870 Milliarden DM fest. Seit 1949 wurden in den einzelnen Wahlperioden zwischen 30 und 76 Gesetzen in den Bereichen von Arbeit und Sozialordnung verabschiedet. Eine Ausnahme stellt nur die 9. Wahlperiode mit 8 Gesetzen dar. Die Rechtsverordnungen variieren ab der 3. Wahlperiode zwischen 68 und 118. Die jährlich anhängigen Verfahren an den Arbeitsgerichten vermehren sich von 1958 bis 1991 von 226 242 auf 447 829. Dagegen gehen die anhängigen Verfahren bei den Sozialgerichten von 1959 bis 1973 von 479 629 auf 271 389 zurück, um bis 1985 wieder auf 364 246 anzusteigen und bis 1991 leicht auf 343 947 abzufallen. Dabei sind jedoch Besonderheiten wie der schrumpfende Umfang der Kriegsopferversorgung und die abnehmende Zahl von Unfällen zu berücksichtigen. Außerdem verlaufen diese Entwicklungen in konjunkturellen Wellen und müssen sehr langfristig betrachtet werden (Statistisches Bundesamt 1960: 140; 1961: 124, 125; 1967: 399; 1970: 116; 1975: 130; 1981: 89; 1987: 340; 1993: 103, 400, 495).

Die moralisch bedingten Wohlfahrtszahlungen stehen zugleich unter den diskursiven Gesetzen der Begründung moralischer Rechte und unter den ökonomischen Gesetzen der Knappheit und müssen zwischen beiden Gesetzmäßigkeiten vermitteln. Moralische Diskurse werden in der Regel stets mehr Rechte begründen, als mit den knappen Mitteln entsprochen werden kann. Welche Rechte in welchem Umfang zum Zuge kommen, richtet

sich dann zusätzlich nach dem Kriterium, mit den vorhandenen Mitteln einen größtmöglichen Gesamtnutzen zu erzielen. In einem erweiterten Modell betrachtet, spielen allerdings auch politische Kämpfe, solidarische Ein- und Ausschließungen sowie Hierarchisierungen von Rechten durch rechtliche Verfahren in die Entscheidung hinein. Das heißt, daß sich nicht nur Diskurse und ökonomische Zahlungen in den Wohlfahrtszahlungen überschneiden, sondern auch politische Machtkämpfe und solidarische Beziehungen mit den Diskursen und Zahlungen eine gemeinsame Schnittmenge bilden. Welche Rechte zum Zuge kommen, wird demnach auch durch politische Machtverteilungen und Solidaritätsbeziehungen bestimmt. Je mehr Nationen ein geschlossenes Solidaritätsgefüge formen, um so weniger werden sie z. B. die an sich moralisch begründeten Rechte von Nichtmitgliedern anerkennen und um so weniger werden sie Außenstehende zu Mitgliedern machen. Wenn eine Avantgarde von Weltbürgern dafür eintritt, daß Außenstehende die gleichen Rechte haben wie die Innenstehenden und daß Zuwanderer zu gleichberechtigten Mitgliedern werden, brechen sie aus dem nationalen Solidaritätsgefüge aus und lösen den partikularistischen moralischen Konsensus der Nation auf. An wen wieviel gezahlt wird, beruht jetzt nicht mehr auf einem moralischen Konsensus – der immer nur ein partikular geltender sein wird –, sondern auf der Durchsetzung von Ansprüchen auf dem Wege politischer Entscheidungsverfahren. Es müssen Mehrheiten gewonnen werden, um eine bestimmte Verteilung der Zahlungen zu bewirken. Moralische Diskurse können hier nur einen gegebenen partikularen Konsensus aufsprengen. Dabei wird stets eine Avantgarde der Aufgeklärten voranschreiten, den Konsensus mit den moralisch Zurückgebliebenen aufkündigen und die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten vorantreiben.

Der Kampf um Anerkennung (Honneth 1992) ist eine zwangsläufige Folge moralischer Diskurse über Rechte unter Bedingungen der Knappheit. Da sich durch Diskurse keine Knappheiten beseitigen lassen, müssen mit den moralischen Diskursen auch die politischen Kämpfe, die ökonomischen Zwänge und die solidarischen Abgrenzungen zunehmen. Wie soll in Diskursen begründet werden, daß der Ausbau behindertengerechter Ein- und Ausstiege in öffentlichen Verkehrsmitteln Vorrang vor der Steuerentlastung von Familien hat, die Erhöhung der Entwicklungshilfe Vorrang vor der Erhöhung der Sozialhilfe, die Zah-

lung von Arbeitslosengeld Vorrang hat vor Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Aufnahme von Flüchtlingen aus Bosnien den Vorrang vor der Aufnahme von Flüchtlingen aus Ruanda? Moralische Diskurse können nur Rechte begründen, aber keine Entscheidungen bei knapper Zeit, knappen Mitteln und begrenzten Solidaritätsgefühlen herbeiführen. Selbst im günstigsten Fall, wenn sie alle Gesellschaftsmitglieder davon überzeugen würden, daß die Menschen in Afrika dasselbe Lebensrecht wie die Menschen in Europa haben, sagen sie gar nichts darüber, wie diesen Rechten entsprochen werden kann und wie sie mit anderen Rechten vereinbar zu machen sind. Noch nicht einmal eine Rangordnung können sie vorgeben, weil jede Rangordnung schon eine Diskriminierung der Nachgeordneten bedeuten würde. Moralisch gesehen, haben eben alle Menschen die gleichen Rechte. Wenn das Bundesverfassungsgericht z. B. feststellt, daß der steuerliche Grundfreibetrag unterhalb des Existenzminimums liege und deshalb verfassungswidrig sei, schränkt es kein einziges Recht ein, das bei einer Erhöhung des Grundfreibetrages zurückstehen müßte. Diese Entscheidung bleibt der Politik überlassen, weil hier zwangsläufig Rechte in eine Rangordnung gebracht werden müssen, die moralisch gesehen gleichrangig sind. Der Grund ist die Knappheit der verfügbaren Mittel zur Einlösung von Rechten.

Es ist völlig abwegig, von moralischen Diskursen einen Beitrag zur Integration der Gesellschaft zu erwarten, weil ihre Logik auf die Expansion und die Ausschöpfung von Rechten hinausläuft, die den Kampf um Anerkennung verschärfen, der wiederum nicht mit den Mitteln des Diskurses zu bewältigen ist, sondern Entscheidungen nach den Prinzipien vorrangiger Solidaritäten (die Eigengruppe vor der Fremdgruppe), politischer Entscheidungsverfahren (Mehrheit vor Minderheit) und ökonomischer Nutzenberechnung (Mittelverteilung nach Erzielung des größtmöglichen Gesamtnutzens) erzwingt. In modernen Gesellschaften bilden diese Funktionssysteme wachsende Mengen mit einer sich stets vergrößernden Schnittmenge, in der diskursiv begründete moralische Rechte nach Maßgabe des größtmöglichen Nutzens, der Machtmobilisierung und der Aktivierung von Solidaritäten berücksichtigt werden. Es kommt deshalb darauf an, den Kampf um Anerkennung selbst wieder durch geeignete Verfahren zu zivilisieren, die Elemente von Diskursen, solidarischen Abgrenzungen, Machtpolitik und Nutzenrechnung in sich vereinigen bzw. mehrere Verfahren nebeneinander zulassen, die dem einen

oder anderen Element aus dem Ensemble einen Vorrang einräumen. Staatliche Einrichtungen werden sicherlich von gegebenen Mehrheiten dominiert. Dagegen können sich freie Wohlfahrtsverbände auf die von der Mehrheitspolitik vernachlässigten Gruppen spezialisieren. Daß dabei stets die eine Gruppe der anderen vorgezogen wird, vorgängige Solidaritäten die Reichweite der Zahlungen beschränken und die Mittel nach dem Kriterium des größtmöglichen Nutzens auf die diskursiv gleich gut begründeten Rechte verteilt werden, ist jedoch eine nie zu überwindende Notwendigkeit. Ihre Bedeutung nimmt mit der Ausdehnung moralischer Diskurse nicht ab, sondern zu.

Eine Gesellschaft, die moralischen Diskursen mehr Raum gibt – und das ist in der Moderne wohlbegründet und unvermeidlich – erweitert auch den Raum für ökonomische Sachzwänge, politische Konflikte und die Aktivierung partikularer Solidaritäten. Moralische Diskurse sind eine treibende Kraft der Modernisierung. Sie gleichzeitig mit der Aufgabe der Integration moderner Gesellschaften zu befrachten – wie dies in der Habermaschen (1981, 1992) Diskurstheorie angelegt ist – führt jedoch in einen grundlegenden Widerspruch. Man verlangt von Diskursen die Entgrenzung und Begrenzung von Handlungsspielräumen zugleich.

Unzutreffend ist aber auch die Einschließung der gesellschaftlichen Funktionssysteme in eine in sich kreisende Autopoiesis im Sinne von Luhmann (1984, 1986, 1988, 1990, 1993). Sie macht uns blind für die Tatsache, daß in modernen Gesellschaften die Schnittmenge von Akten der moralischer Achtung und der wirtschaftlichen Zahlung und darüber hinaus der politischen Entscheidung und der Aktivierung von Solidaritäten wächst und wir immer wieder darüber entscheiden müssen, wie weit diese Akte reichen und ineinander hineingreifen sollen. Keine vorgängige Autopoiesis der Wirtschaft sagt uns, wie groß die Teilmenge der moralisch begründeten Zahlungen für Sozialhilfe, Behinderte, Flüchtlinge, Entwicklungshilfe, Arbeitslosengeld, Pflegeversicherung etc. sein soll. Es gibt keine Autopoiesis der Wirtschaft, die dafür sorgen würde, moralisch begründete und mittels Recht erzwungene Zahlungen abzuweisen, weil sie die Zahlungsfähigkeit des gesamten Wirtschaftssystems aushöhlen. Wie weit wir solchen Rechten entsprechen können, ohne zahlungsunfähig zu werden, muß immer wieder neu ausgelotet werden. Die Erweiterung moralisch bedingter Zahlungen hat immer wieder auch Produktivitätssteigerungen erzwungen, den Konsum erhöht und so das Wirtschaftswachstum gefördert. Von unseren

Krankheiten lebt immerhin der Ärztestand, eine unablässig expandierende Pharmaindustrie und eine nicht minder expansive Versicherungswirtschaft. All dies beweist, daß der leere Kommunikationskreislauf von Zahlungen in ganz erheblichem Maße unmittelbar durch moralische Ansprüche mit Inhalt gefüllt wird, als realer Zahlungsakt dadurch erst zustande kommt. Daraus folgt aber auch, daß „Fehlsteuerungen“ der Wirtschaft nicht aus ihrer Autopoiesis erklärt werden können, sondern nur aus ihrer jeweils gegebenen moralischen, rechtlichen und politischen Programmierung unter der Bedingung von Knappheit. Das zeigt sich jetzt an den ökologischen Negativeffekten der auf unablässiges Wachstum programmierten Wohlfahrtsökonomie.

Wir begreifen den sich abzeichnenden Strukturwandel von der Wohlfahrtsökonomie zur Umweltökonomie nicht, wenn wir den dabei zu vollziehenden moralischen Wandel übersehen. Nach den Umbrüchen von der ständisch-traditionalen Moral zur individualistischen Berufsethik und von dieser zur Moral der Wohlfahrtsökonomie scheint jetzt ein dritter großer Umbruch zur *Moral der Umweltökonomie* vor uns zu liegen. Die Gleichberechtigung der Frauen und die Inklusion der Entwicklungsländer in eine globale Wohlfahrtsökonomie bewegen sich noch im Rahmen des herrschenden Paradigmas, das auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet ist. Die neue Umweltmoral erweitert unsere Rechte um das Recht auf eine für unser Leben unschädliche Umwelt, was immer man darunter verstehen mag und in welchen Grenzwerten für Schadstoffe sich das auch immer ausdrücken soll. Ob jenseits bisherigen Denkens über Personen hinaus auch Tieren oder der Natur als solcher Rechte zugestanden werden sollen, kann hier dahingestellt bleiben. Schon das persönliche Recht auf eine für das eigene Leben unschädliche Umwelt ist eine erhebliche Erweiterung moralisch begründeter Rechte mit entsprechenden Konsequenzen für wirtschaftliche Zahlungsvorgänge. Noch weiter reicht die Einschließung nachfolgender Generationen in dieses Recht. Erst im Lichte der neuen Umweltmoral werden die Negativeffekte des bisherigen Wirtschaftens als solche *erkennbar* und zu einem Faktor der ökonomischen Gesamtrechnung. Umweltinstitute errechnen astronomische Milliardensummen für die von unserer gegenwärtigen Wirtschaftsweise verursachten Schäden, ohne daß die Verursacher nur einen Pfennig dafür bezahlen müssen.

Die für die Wohlfahrtsökonomie herrschende Leitidee der „ökonomischen Rationalität“ und de-

ren Operationalisierung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit Hilfe des Bruttosozialprodukts verliert ihre Legitimität, ohne daß sich schon eine neue Operationalisierung des nun erweiterten Verständnisses von „ökonomischer Rationalität“ durchgesetzt hätte (Leipert 1989, Wicke 1989). Wie immer ist es eine Sache von Außenseitern, das herrschende Gedankengebäude der Wirtschaftswissenschaft zum Einsturz zu bringen, während die Masse der Normalwissenschaftler noch an den alten Modellen klebt. Der neue Begriff der ökonomischen Rationalität läßt jetzt Umweltkosten in die Gesamtrechnung eingehen, die im Rahmen der Wohlfahrtsökonomie keine Rolle gespielt haben. Zugleich wird erkannt, daß der Markt als Instrument der Umsetzung der neuen Leitidee ebenso Grenzen aufweist wie bei der Umsetzung der Leitidee der Wohlfahrtsökonomie (Berger 1991: 241).

Jetzt wird darüber gestritten, welche ergänzenden Instrumente die Marktwirtschaft in ökologische Bahnen lenken können, wie dies zuvor schon bei der Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft getan worden war. Die Instrumente reichen vom Verbot schädigender Aktivitäten, über die Erhebung von Gebühren für Umweltbelastungen, die steuerliche Be- und Entlastung nach Maßgabe von Umweltverträglichkeit und die Prämierung von Umweltfreundlichkeit bis zur Subventionierung der Umweltindustrie. Dabei wird gerne einer dem Wirtschaftssystem „verständlichen“ Steuerung in der „Sprache der Preise“ das Wort geredet. Die Luhmannsche Theorie wirtschaftlicher Autopoiesis scheint dafür die Legitimation zu liefern. Man verkennet hier jedoch, daß es jedes Mal politische Entscheidungen sind, die jetzt darüber bestimmen, wofür wieviel bezahlt werden soll und was eventuell ganz aus der freien Abstimmung von Angebot und Nachfrage herausgenommen wird. In diese politischen Entscheidungen müssen moralische Erwägungen Eingang finden, wenn das durch sie gesetzte Recht mehr als nur erzwungene Geltung haben soll.

Da Zahlungen inhaltsleere Kommunikationen sind, können sie mit jedem beliebigen Instrument in eine gewünschte Richtung gelenkt werden. Es gibt keine für die Wirtschaft als solche mehr oder weniger adäquate Steuerungsform. Es kommt allein auf den spezifischen Zweck an, der darüber entscheidet, welcher Form der Steuerung der Vorzug zu geben ist. Wird Zielgenauigkeit gewünscht, dann wird man beispielsweise die Verwendung chemischer Stoffe verbieten, deren schädliche Wirkungen bewiesen sind. Damit ist natürlich nicht

ausgeschlossen, daß die dann verwendeten alternativen Stoffe weniger schädliche Wirkungen entfalten. Will man die Nutzung bestimmter Ressourcen nur drosseln, weil es nicht genügend Alternativen gibt, dann wird man sie steuerlich belasten, um Anreize für einen sparsamen Umgang zu setzen. Wie hoch auch immer der entsprechende Betrag sein wird, handelt es sich dabei dennoch um einen politisch nach Lage der Macht- bzw. Mehrheitsverhältnisse gemachten Preis, der nicht zu verwechseln ist mit der natürlich gegebenen Knappheit eines Gutes. Der politische Preis eines Gutes drückt lediglich aus, für wie knapp die Mehrheit ein Gut hält, wie auch der Marktpreis eines Gutes nichts mit dessen realer Knappheit zu tun hat, sondern allein aus dem Verhältnis der Nachfrage zu dem *auf dem Markt* verfügbaren Angebot gebildet wird. Außerdem muß es ein Eigentumsrecht auf ein Gut geben, damit es überhaupt in ein Verhältnis von Angebot und Nachfrage gebracht werden kann. Da niemand ein Besitzrecht auf reine Luft hat, muß für deren Nutzung auch nichts bezahlt werden. Schließlich wird man die Entwicklung der Umweltindustrie subventionieren und umweltbelastenden Industrien Subventionen entziehen, um den industriellen Strukturwandel zu beschleunigen. Politisch ist es natürlich leichter, neue Subventionen zu vergeben als alte zu streichen. Deshalb werden häufig neue Subventionen beschlossen, ohne zugleich alte abzuschaffen.

Welche Instrumente auch immer zum Einsatz kommen, sie alle implizieren erstens eine Erweiterung moralischer Werte um das Recht auf eine intakte Umwelt – auch für spätere Generationen –, zweitens eine Ausdehnung des Begriffes der ökonomischen Rationalität auf die Beachtung der Umwelt als knappes Gut und drittens eine Vergrößerung der Schnittmenge von moralischen Rechten und wirtschaftlichen Zahlungen durch all jene Zahlungen, die zum Zwecke der Verwirklichung des Rechts auf eine intakte Umwelt getätigt werden. Als Indikatoren dieser wachsenden Schnittmenge können die Ausgaben für Umweltschutz und ihr Anteil am Bruttosozialprodukt, die Zahl und der Seitenumfang der Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Umweltrechts und die Inanspruchnahme des Umweltrechts in Gerichtsverfahren dienen. In der Bundesrepublik (West) ist von 1975 bis 1991 ein Ansteigen der jährlichen Ausgaben von produzierendem Gewerbe und Staat für den Umweltschutz von 20 auf 35,4 Milliarden DM in Preisen von 1985 festzustellen. Die Gesetzgebung weist erst in der 10. und 11. Wahlperiode die Rubrik „Umwelt, Naturschutz und Reak-

torsicherheit“ mit 6 und 14 Gesetzen bzw. 6 und 38 Rechtsverordnungen aus. Die Zahl der jährlich gemeldeten Straftaten im Bereich des Umweltrechts hat sich von 1981 bis 1990 von 5781 auf 21 412 erhöht (Statistisches Bundesamt 1987: 592; 1993: 103, 748, 750). So expandieren die Menge moralischer Rechte, die Menge wirtschaftlicher Zahlungen und ihre gemeinsame Schnittmenge moralisch bedingter Zahlungen zugleich. Diesen Vorgang können wir als eine gegenseitige Durchdringung von Ökonomie und Moral bezeichnen. Er erreicht mit der Einführung der Umweltökonomie eine neue Stufe, auf der sich die Konflikte zwangsläufig verschärfen.

Je größer die Schnittmenge der moralisch bedingten Zahlungen wird, um so mehr Entscheidungen müssen getroffen werden, wohin die Zahlungen in welchem Umfang gehen sollen. Diese Zahlungen werden der marktförmigen Allokation nach dem Leistungsprinzip und der wohlfahrtsökonomischen Allokation nach sozialer Bedürftigkeit entzogen und einer neuen Allokation nach dem Prinzip der Umwelterhaltung zugeführt. Der Markt stellt die Allokationsform im Sinne des ökonomischen Liberalismus dar, der kollektive Arbeitsvertrag, die Sozialversicherung und die Steuerprogression bilden die Allokationsformen der Wohlfahrtsökonomie. Für die Umweltökonomie müssen erst noch die richtigen Allokationsformen gefunden werden. Eine entscheidende Frage ist dabei, wie heute die Rechte zukünftiger Generationen auf eine intakte Umwelt gesichert werden sollen, wenn die ökologischen Negativeffekte der Wohlfahrtsökonomie erst in Jahrzehnten das Leben der Menschen unmittelbar beeinträchtigen. Unsere demokratischen Entscheidungsverfahren beteiligen nur die jetzt lebenden wahlberechtigten Generationen. Müssen sie geändert werden, weil die neue Umweltethik auch die Rechte zukünftiger Generationen zur Sprache bringt und die neue umweltökonomische Rationalität eine größere Weitsicht in die Zukunft hinein verlangt als die alte Wohlfahrtsökonomie?

Hier tut sich ein Bedarf des Umbaus unserer Entscheidungsverfahren im erweiterten Schnittbereich von Ökonomie, Moral, Politik und Solidarität auf. Dieser Bedarf ist weder durch den Rekurs auf moralische Diskurse zu befriedigen, noch durch den Rekurs auf die Autopoiesis von Funktionssystemen. Die moralischen Diskurse vergrößern die Menge moralischer Rechte, ohne den Weg zu deren Einlösung unter Bedingungen der Knappheit zu zeigen. Der Rekurs auf die Autopoiesis von Funktionssystemen überläßt deren

stets wachsende Schnittmenge dem Chaos eines neuen Naturzustandes des Kampfes aller gegen alle ohne gemeinsame Regeln (Hobbes 1651/1966); er übersieht den enormen Bedarf an Institutionenbildung über die Grenzen der Funktionssysteme hinweg. Eigentümlicherweise leiden die Diskurstheorie und die Theorie der Autopoiesis unter ein und derselben Beschränkung. Beide Theorien bieten keine Lösung für die Integrationsprobleme moderner Gesellschaften. Die Diskurstheorie leistet dies nicht, weil sie Diskurse mit der Doppelfunktion von Innovation und Integration überlastet (Habermas 1981, 1992). Der Theorie der Autopoiesis gelingt dies nicht, weil sie den Integrationsbedarf jenseits von Autopoiesis überhaupt nicht erkennt und Institutionenbau lediglich als Programmierung von in sich geschlossenen Funktionssystemen begreifen kann (Luhmann 1986, 1988).

7. Moral und Ökonomie: Elemente des Brückenbaus

Mit der Auflösung der Ständegesellschaft können Moral und Ökonomie zugleich wachsen, die eine vorangetrieben durch den intellektuellen Diskurs, die andere durch den offenen Wettbewerb auf dem Markt. Ohne Bindeglied prallen sie aufeinander, ohne sich gegenseitig durchdringen zu können und geraten in einen permanenten Konflikt. Erst der Aufbau von Bindegliedern durch ein System der Berufsarbeit, das schon in der Berufsausbildung auf beide Seiten eingestellt wird, und durch ein System von vernetzenden Ausschüssen erlaubt die gegenseitige Durchdringung von Moral und Ökonomie. Hier ist die Stelle, an der auch die Universitätsausbildung gefragt ist. Es verschärft den Konflikt zwischen Moral und Ökonomie, wenn wir die Fachausbildung von moralischen Fragen abkoppeln und die moralischen Fragen allein dem philosophischen Diskurs und der öffentlichen Debatte überantworten. Die Universitäten verfehlen ihre Aufgabe, wenn sie selbst keinen Beitrag zur Kleinarbeitung des Konflikts zwischen Moral und Ökonomie beisteuern, wenn sie nicht in interdisziplinären Projekten und multidisziplinären Ausbildungsgängen die Orientierung der Kulturwissenschaften an Fragen von Sinn und Moral und der Sozialwissenschaften an Fragen der Konfliktarbeit und sozialen Ordnungsbildung mit der Ausrichtung der Natur-, Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaften an technischen und ökonomischen Problemlösungen verknüpfen. Die Ent-

wicklung der modernen Gesellschaft als ein Ganzes mit interpenetrierenden Teilen weist den Universitäten diese Aufgabe neben der Pflege der disziplinären Forschung und Lehre unmißverständlich in einem weit größeren Umfang zu, als sie es gegenwärtig schon leisten. Über die individualistische Berufsethik hinaus bilden die Institutionen des Arbeits- und Sozialrechts in der Wohlfahrtsökonomie und die Institutionen des Umweltrechts in der Umweltökonomie entscheidende Schnittpunkte von Ökonomie und Moral in der modernen Gesellschaft.

Im Vergleich zu konkurrierenden Theorieangeboten bringt die Theorie der Interpenetration ein Bauprinzip der Moderne zu Bewußtsein, auf das wir uns beim Weiterbau der modernen Gesellschaft zu stützen haben, wenn wir ihre Entwicklung im Gleichgewicht halten wollen. Die Theorie zeigt uns, wo wir anzusetzen haben, wenn wir sie in eine bewältigbare Zukunft führen wollen. Das gilt unabhängig davon, wie weit die moderne Gesellschaft tatsächlich die erforderlichen Brücken zwischen den expandierenden Funktionssystemen errichtet hat und wie weit die schon erbauten noch weiter tragen, nachgebessert, umgebaut oder ganz neu erstellt werden müssen. Die Tatsache, daß die Funktionssysteme selbst schon Interpenetrationsprodukte sind und nur durch weitere Zwischenstücke miteinander zu vernetzen sind, bedeutet, daß ein solcher Ausbau nicht gegen eine bislang wirkende Entwicklungslogik gerichtet ist, sondern ein vorhandenes Bauprinzip nur bewußt macht und fortsetzt.

Dagegen bietet die Theorie der funktionalen Differenzierung autopoietisch operierender Systeme keinen Anhaltspunkt für die Lösung des Problems der Vernetzung von Funktionssystemen (Luhmann 1981, 1984, 1986, 1988, 1990, 1993). Vielmehr überläßt sie diese der bloßen gegenseitigen Beobachtung und Verarbeitung der beobachteten Umweltereignisse. Die Wirtschaft kann auf moralische Anforderungen nur wirtschaftlich reagieren, die Moral auf wirtschaftliche Notwendigkeiten nur moralisch. Auch ihre Repräsentanten können sich nicht verstehen, weil sie auf ihren jeweiligen Code fixiert sind. Im trivialen tautologischen Sinne ist es richtig, daß Wirtschaft nur Wirtschaft und Moral nur Moral sein kann. Empirisch ist es jedoch falsch, daß wirtschaftliches *Handeln* nur auf ökonomische Gesetzmäßigkeiten und moralisches *Handeln* nur auf moralische Anforderungen eingestellt ist. Als konkrete Erscheinungen können in beiden Moral und Ökonomie miteinander eine symbiotische Beziehung eingehen. Damit dies ge-

schieht, müssen sie von der Gesellschaft und den Handelnden selbst regelmäßig miteinander verknüpft werden. Das vollzieht sich z.B. im System der Berufsarbeit, im Arbeits- und Sozialrecht und im Umweltrecht mehr oder weniger erfolgreich, aber immerhin zumindest in Ansätzen.

Das System der Berufsarbeit, das Arbeits- und Sozialrecht sowie das Umweltrecht sind Teile des ökonomischen und Teile des moralischen Systems, bilden Interpenetrationszonen und Brücken des wechselseitigen Transports von ökonomischen und moralischen Anforderungen in das ökonomische und moralische Handeln selbst hinein. Die Systeme ökonomischer und moralischer Handlungen, der Zahlung und der moralischen Achtungszuteilung sind selbst zwar ausdifferenzierte Funktionssysteme, operieren aber nicht autopoietisch. Sie sind offen füreinander. Nur deshalb ist es z.B. möglich, daß wir unsere Moral der sozialen Sicherheit für alle an ökonomischen Notwendigkeiten ausrichten und den ökonomischen Erwerb an moralischen Kriterien der Redlichkeit. Die empirisch „ausdifferenzierten“ Funktionssysteme der Moral und der Ökonomie dürfen nicht mit der analytischen Abgrenzung zwischen beiden gleichgesetzt werden. Nur im analytischen Sinn gibt es in sich geschlossene Kreisläufe von Zahlungen und Achtungszuteilungen.

Steigt meine Achtung, dann kann ich mehr Achtung in die Waagschale werfen, wenn es darum geht, wem sonst noch Achtung gebührt, weil man mehr auf mich hört als zuvor, aber ich habe deshalb nicht zwangsläufig mehr Geld, um mehr Zahlungen als zuvor tätigen zu können. Dasselbe gilt auch in der umgekehrten Richtung. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß meine gewachsene Achtung meine Geschäftsfähigkeit erweitert und mehr Zahlungen einbringt, oder daß meine Zahlungen an andere meine Achtung erhöhen. In diesem Sinne können beide Kreisläufe im konkreten Handeln Verbindungen eingehen. Welche Verbindungen dabei hergestellt werden, ergibt sich aus dem gesellschaftlichen Regelsystem. Dieses hat sich in der Entwicklung von der individualistischen Berufsethik zur Wohlfahrtsmoral und zur Umweltmoral erheblich verändert. Die moderne „funktional differenzierte“ Gesellschaft unterscheidet sich von der ständischen Gesellschaft nicht dadurch, daß sie beide Kreisläufe durchgehend auseinanderhält, sondern dadurch, daß sie eine Form ihrer Verbindung durch eine andere ersetzt. An die Stelle der ständischen Hierarchie tritt zunächst die Gleichheit und die Zuteilung von Achtung aufgrund von individueller Leistung, die im freien und

chancengleichen ökonomischen Wettbewerb erbracht wird. Der starren Symbiose von Moral und Ökonomie in der ständischen Hierarchie stellt sich ihre dynamische, sich stets wandelnde Symbiose durch Interpenetration entgegen. Diese Verknüpfung von Achtung und Zahlung wird in der Wohlfahrtsökonomie durch das Prinzip der Bedürftigkeit und in der Umweltökonomie durch das Prinzip der Umwelterhaltung ergänzt.

Diesem Bauprinzip der Moderne wird auch die von Helmut Willke (1983, 1989, 1992) im Anschluß an Niklas Luhmann formulierte Theorie der dezentralen Kontextsteuerung nicht gerecht. Sie geht von Luhmanns Theorie der funktionalen Differenzierung der modernen Gesellschaft in autopoietisch operierende Funktionssysteme aus, will aber in einer nicht zu erklärenden Umkehr der Evolution nun plötzlich den autopoietischen Funktionssystemen die Gabe einpflanzen, ihre Effekte auf die Umwelt so zu internalisieren, daß sie diese zum Wohle der anderen Subsysteme aus deren Perspektive steuern. So wird die Theorie mit einem *deus ex machina* scheinbar gerettet. Unter der Hand wird jedoch die Theorie der Autopoiesis beseitigt.

Aber auch Luhmanns (1992) Konzept der strukturellen Kopplung schafft keine Abhilfe (Münch 1992a). Nach diesem Konzept werden die autopoietischen Systeme durch die strukturelle Kopplung mit anderen Systemen stabilisiert. Dabei handelt es sich um zufällige gegenseitige Stützung, die genauso zufällig wieder verschwinden kann. Beispielsweise ist die staatliche Garantie von Eigentumsrechten eine zufällige Stütze für die Autopoiesis der Wirtschaft. Dasselbe könnte auch von der moralischen Achtung wirtschaftlicher Leistungen gesagt werden. Damit bewegt sich auch Luhmann einen Schritt weg von der Theorie autopoietisch operierender Funktionssysteme, weil deren Autopoiesis nun nicht mehr allein von innen kommt, sondern zusätzlich von außen gestützt werden muß. Damit wird jedoch immer noch nicht der Tatsache Rechnung getragen, daß Handlungen per se nicht allein in ein analytisch abgrenzbares Funktionssystem eingeflochten sind, sondern Schnittpunkte mehrerer analytischer Funktionssysteme bilden und symbiotische Verbindungen herstellen, aus denen sich erst die empirisch operierenden Funktionssysteme konstituieren. Daß die moderne Wirtschaft mit der Berufsarbeit, der Wohlfahrtsökonomie und der Umweltökonomie schon zugleich moralische Systeme in sich enthält und die Zahlungsvorgänge zugleich moralisch und ökonomisch gesteuert werden, läßt sich in der

Theorie Luhmanns überhaupt nicht darstellen, noch in der Herkunft erklären, noch für die weitere Entwicklung in praktische Empfehlungen umsetzen. Folgt man Luhmann, dann könnte sich die moderne Gesellschaft niemals aus der Zwangsjacke autopoietisch operierender Funktionssysteme befreien. Seine Theorie ist blind für ein fundamentales Bauprinzip der Moderne.

Als völlig realitätsfremd erweist sich die Theorie funktionaler Differenzierung, wenn sie zur Legitimation institutioneller Abgrenzung und Vereinseitigung benutzt wird (Luhmann 1986: 124–149). Aus Luhmanns Sicht wird z.B. das Rechtssystem in seiner Funktion der sicheren Unterscheidung von Recht und Unrecht beeinträchtigt, wenn durch die Expansion des Umweltrechts in erheblichem Maße wissenschaftlich ungesicherte Erkenntnisse und politisch umstrittene Grenzwertbestimmungen in die Rechtsentscheidung hineinreifen. Das Plädoyer „Zurück zur Rechtssicherheit“ offenbart sich hier als blinder Konservatismus. Die Theorie der funktionalen Differenzierung ist offensichtlich blind für die Erfordernisse der institutionellen Regelung von Rechtsentscheidungen in einer Welt, in der sich die Funktionssysteme ohnehin schon längst gegenseitig überwuchert haben. Unter diesen Bedingungen kann sich die Rechtsentscheidung nicht mehr krampfhaft an traditionelle Vorstellungen von Rechtssicherheit klammern. Sie bewegt sich so oder so schon im Minfeld der Interpenetration des Rechts mit der Wissenschaft, der Politik, der Wirtschaft und der Moral. Ihre Verfahren müssen nicht allein die sichere Unterscheidung von Recht und Unrecht gewährleisten, sondern auch Kriterien der wissenschaftlichen Wahrheit, der politischen Durchsetzbarkeit, der ökonomischen Effizienz und des moralischen Konsensus genügen. Gegen die damit einhergehende Politisierung kann das Recht nicht durch den Rückzug in die Gemäuer seiner alten Traditionen geschützt werden. In dem Maße, in dem die Interdependenz der Rechtsentscheidungen mit den nichtrechtlichen Vorgängen wächst, brechen die traditionellen Schutzwälle ein. Eine institutionelle Regelung der Rechtsentscheidung kann nur noch im offenen Feld der Interpenetration von Recht und Nichtrecht gefunden werden. Die Verfahren der Rechtsentscheidung müssen jetzt die Unterscheidung von Recht und Unrecht mit der wissenschaftlichen Wahrheitsfindung, der moralischen Kommunikation, der wirtschaftlichen Nutzenkalkulation und der politischen Mehrheitsbildung vermitteln. Hier versagt das ordnungsrechtliche Modell der sicheren Anwendung ein-

deutig bestimmter Rechtsbegriffe auf rechtlich definierte Tatbestände. An dessen Stelle muß das Modell der Rechtsentscheidung als faires Verfahren treten, in dem die verschiedenen nichtrechtlichen Kriterien die gleichen Chancen der Mitbestimmung über Recht und Unrecht erhalten. Ihr Maßstab ist nicht die Übereinstimmung der Entscheidung mit inhaltlich exakt bestimmtem Recht, sondern die Fairneß in der Berücksichtigung aller relevanten rechtlichen und nichtrechtlichen Gesichtspunkte.

Habermas' (1981) Theorie der kommunikativen Rationalisierung könnte dafür eher Ansatzpunkte bieten, wenn sie der Rezeption von Luhmanns Systemtheorie engere Grenzen setzen und dem Konzept der Interpenetration mehr Beachtung schenken würde. Nach Habermas ist die funktionale Differenzierung der Gesellschaft in autopoietisch operierende Funktionssysteme durch kommunikative Rationalisierung aus dem Schoße der kommunikativ strukturierten Lebenswelt hervorgegangen und hat rückwirkend diese Lebenswelt kolonisiert, d.h. mit ihrer Systemlogik überzogen. Den damit einhergehenden Freiheits- und Sinnverlust gilt es dadurch wieder zu beheben, daß moralische Diskurse zum Zentrum der Gesellschaft werden und über die Brücke des Rechts steuernd in die Systeme eingreifen, um sie wieder auf moralische Maßstäbe auszurichten. Dies soll möglich sein, indem an die kommunikativen Wurzeln aller Funktionssysteme angeknüpft wird. Die Umgangssprache ist keinem System zuzuordnen und dient als Basis der Verständigung in allen Systemen zugleich.

Habermas überfordert die moralischen Diskurse in ihrer Leistung für die Gesellschaft. Er zieht den grundsätzlichen Konflikt zwischen moralischen Anforderungen und den sogenannten systemischen Imperativen ein, wenn er die kommunikative Lebenswelt zur Wurzel der Funktionssysteme erklärt. Er erfaßt in seiner Theorie der Ausdifferenzierung der Systeme und der Kolonialisierung der Lebenswelt durch die Systeme nicht systematisch, daß es sich bei den empirisch „ausdifferenzierten“ Funktionssystemen um symbiotische Verbindungen von moralischen Anforderungen und Systemimperativen handelt. Beiläufige Beobachtungen in dieser Richtung werden theoretisch nicht verarbeitet. Der Konflikt zwischen moralischen Anforderungen und Systemimperativen bleibt weiter bestehen, auch dann, wenn die Funktionssysteme an die Leine der moralischen Diskurse genommen werden, was ja de facto schon der Fall ist. Ihn immer wieder neu zu bewältigen, ist die Aufgabe von Brückengliedern wie z.B. dem

System der Berufsarbeit. Das Problem der Integration der funktional differenzierten Gesellschaft wird durch die neue Anbindung der Funktionssysteme an moralische Diskurse nicht schon gelöst, sondern zunächst noch verschärft, weil die gegensätzlichen Anforderungen um so schärfer aufeinanderprallen. Nicht die moralischen Diskurse sind das Bindemittel der funktional differenzierten Gesellschaft, sondern die Zwischenglieder zwischen den moralischen Diskursen und den Funktionssystemen. Es ist richtig, daß die Umgangssprache allen *empirisch* ausdifferenzierten Funktionssystemen gemeinsam ist (nicht den analytisch abgrenzbaren Funktionssystemen). Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Umgangssprache immer innerhalb des begrenzten Horizontes von Sprachgemeinschaften operiert. Moralische *Diskurse* werden jedoch nicht in der Umgangssprache geführt, sondern in einer philosophischen Spezialsprache. Insofern formen sie selbst tendenziell ein empirisch ausdifferenziertes Funktionssystem, das der Vermittlung mit anderen Funktionssystemen bedarf. Daß die Umgangssprache an erster Stelle diese Vermittlungsfunktion erfüllt, ist nicht zu leugnen. Sie bedarf jedoch der Ergänzung durch den Aufbau institutionalisierter Brücken, wie z.B. in den Systemen der Berufsarbeit, der Wohlfahrtsökonomie und der Umweltökonomie.

Eine weitere Überforderung moralischer Diskurse ergibt sich bei Habermas dadurch, daß er ihnen per se eine Integrationsfunktion durch Konsensbildung zuschreibt. Er weiß jedoch selbst, daß moralische Diskurse immer wieder neu aufgenommen werden können und deshalb in keinen Konsens münden, vielmehr der permanente Dissens herrscht. Wenn Einigkeit über moralische Urteile herbeigeführt werden kann, dann überhaupt nur in negativer, kritischer Hinsicht. Wir können leichter die Abweichung der Realität von moralischen Maßstäben feststellen und deshalb Kritik üben, als wir ermitteln können, ob eine bestimmte Maßnahme besser als andere den moralischen Maßstäben entspricht. Deshalb geht von moralischen Diskursen eine kritisch-verändernde, aber keine integrative Wirkung aus. Ihre Umsetzung in praktisches Handeln erfordert ebenfalls die Vermittlung mit den Anforderungen anderer Funktionssysteme durch systematisches Kleinarbeiten in grenzüberschreitender und vernetzender Kommunikation zwischen den Funktionsträgern unterschiedlicher Funktionssysteme. Nicht die Steuerung der anderen Funktionssysteme durch moralische Diskurse integriert die funktional differenzierte Gesellschaft, sondern die Verknüpfung von moralischer,

ökonomischer, politischer und wissenschaftlicher Kommunikation in grenzüberschreitender Kooperation und Kommunikation auf der Basis der Umgangssprache.

In seiner neuen Untersuchung des Rechts als Symbose von Moral und Macht nähert sich Habermas (1992) in der Tat dieser Position, ohne jedoch ganz von der Überlastung moralischer Diskurse durch integrative Funktionen zu lassen. Auch die Integration moderner, aufgeklärter Gesellschaften beruht jedoch in ihrem Kern auf unbefragt hingenommenen Traditionsbeständen, und wenn es nur der Glaube an den Fortschritt ist. Darin besteht ihre Sozialintegration. Ihre systemische Integration resultiert aus dem gelungenen Brückenbau zwischen den „ausdifferenzierten“ Funktionssystemen. Diskurse über moralische Fragen dürfen nicht mit der gesellschaftlich herrschenden, integrierend wirkenden Moral verwechselt werden. Sie selbst bilden tendenziell ein ausdifferenziertes Funktionssystem, das der Verknüpfung mit den anderen Funktionssystemen bedarf.

8. Die ökologische Krise und der moralisch-ökonomische Strukturwandel

Die Krise des ökonomischen Liberalismus war nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch bedingt. Die Wohlfahrtsökonomie hat diese Krise nicht durch die Einschränkung der Ökonomie durch die Moral, sondern durch die gleichzeitige Erweiterung der moralischen Rechte und der ökonomischen Rationalität bewältigt. Die Krise der Wohlfahrtsökonomie ist nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch verursacht. Die Umweltökonomie der Zukunft wird sie nur durch die gleichzeitige Expansion von moralischen Rechten und ökonomischer Rationalität überwinden können. Dabei wird die neue Umweltökonomie den relativen Anteil von Zahlungen nach dem individuellen Leistungsprinzip und nach dem Sozialprinzip ebenso zugunsten der Zahlungen nach dem Umweltprinzip verringern müssen, wie die Wohlfahrtsökonomie den relativen Anteil der Zahlungen nach dem Leistungsprinzip zugunsten der Zahlungen nach dem Sozialprinzip zurückgestutzt hat. Solange die Wirtschaft wächst, muß dies keinen absoluten Rückgang der Zahlungen nach dem Leistungsprinzip oder dem Sozialprinzip bedeuten, expandiert sie nicht, jedoch schon. Wenn die Umwelterhaltung einen Wachstumsverzicht erfordern sollte, sind neue Verteilungskonflikte unvermeidlich. Der Kampf um Anerkennung wird sich

auf jeden Fall verschärfen, weil mehr Rechte als zuvor zum Zuge kommen sollen. Daraus ergibt sich ein Bedarf an neuen Institutionen der Vermittlung zwischen moralischen Diskursen und ökonomischen Sachzwängen. Moralische Diskurse können diese Vermittlungsleistung nicht erbringen, weil sie einer Logik der Expansion und Ausschöpfung von Rechten folgen, die Verwirklichung von Rechten aber stets der Setzung von Prioritäten durch politische Entscheidung, der gegenseitigen Anerkennung durch vorgängige Solidaritätsbeziehungen und der ökonomischen Optimierung bei knappen Mitteln bedarf.

Im wirklichen Leben können nicht alle Rechte in die Tat umgesetzt werden, die sich moralisch gut begründen lassen. Wenn gleiche Rechte miteinander konkurrieren, helfen Diskurse nicht weiter, weil sie nicht mehr leisten als eben deren Gleichberechtigung festzustellen. Da die Verwirklichung von Rechten stets die Einschränkung von Rechten zugunsten anderer Rechte verlangt, sind Entscheidungen jenseits von Diskursen unausweichlich. In Diskursen könnte allein wieder die gleiche Einschränkung aller Rechte für richtig befunden werden, weil sie dann wieder alle gleich anerkannt wären. Damit ist jedoch überhaupt noch nicht gesagt, wer in die Gleichheit einbezogen ist, wie zwischen zwei im Konflikt stehenden, auch mit Einschränkungen nicht gleichzeitig realisierbaren Rechten zu entscheiden ist und nach welchem Maßstab der Gleichheit die knappen Mittel zugewiesen werden sollen. Haben alle Menschen, alle Bürger des eigenen Staates, alle Gruppen oder nur die eigene Gruppe Anspruch auf gleiche Zahlungen, unabhängig von ihren eigenen Leistungen, oder sollen sie nur die gleichen Chancen haben, am Wettbewerb teilzunehmen, dann aber nach nachgefragter Leistung bezahlt werden? Wie weit sollen die Hilfen für die Herstellung gleicher Startbedingungen gehen, wieviel Zahlungen sollen die Leistungsschwachen und Leistungsunfähigen von den Leistungsstarken und Leistungsfähigen erhalten? In welchem Verhältnis sollen Zahlungen nach dem Umweltprinzip zu den Zahlungen nach dem Sozialprinzip und dem Leistungsprinzip stehen? Sicherlich können über diese Fragen Diskurse geführt werden, die Erhellendes zur Situationswahrnehmung beitragen. Niemals wird man aber im Diskurs an den Punkt gelangen, an dem über diese Fragen nicht weiter nachgedacht werden muß. Sie werden immer offen bleiben, obwohl Rechte definitiv anerkannt, bindende Entscheidungen getroffen und knappe Mittel verwaltet werden müssen. Hier können nur nichtdiskursive Verfahren zu ei-

ner Entscheidung gelangen. Vorgegebene Solidaritäten bestimmen, wer als gleich anerkannt wird, Mehrheitsentscheidungen beendigen Konflikte zwischen Rechten, und Nutzenrechnungen verteilen knappe Mittel nicht nach der Legitimität von Rechten, sondern nach dem Prinzip des größtmöglichen Nutzens. Diskurse greifen in diese Verfahren hinein und öffnen den Blick für illegitime Beschränkungen von Rechten. Sie können diese aber nicht ersetzen, weil sie endlos geführt werden müssen, um ihre spezifische Wirkung zu entfalten. Ein Konsensus am Ende eines Diskurses ist immer partikular und bedarf einer Auflösung durch die Fortführung des Diskurses. Die Übereinstimmung über die Gültigkeit einer Aussage am Ende eines Diskurses kommt nur deshalb zustande, weil im Augenblick niemandem etwas Gegenteiliges einfällt, keine Zeit zum weiteren Nachdenken besteht und wir überhaupt von einer momentanen Blindheit geschlagen sind. All dies sind nichtdiskursive Elemente, die in real veranstalteten Diskursen eine Einigung erleichtern. Es ist dann aber falsch, diese Einigung dem Diskurs an sich zuzuschreiben. Das heißt: Diskurse können nur in Verbindung mit nichtdiskursiven Elementen zu Übereinstimmung und zu bindenden Entscheidungen führen, selbst dann, wenn wir allein den Konsensus als Kriterium der Entscheidung gelten lassen.

Die ökologische Krise der modernen Gesellschaft ist weder einer moralischen Steuerung unzugänglichen Autopoiesis der Wirtschaft noch dem zu geringen Spielraum für moralische Diskurse geschuldet. Ihre tiefere Wurzel liegt in der faktisch noch herrschenden Moral der Wohlfahrtsökonomie selbst. Es kommt nicht darauf an, eine sich moralischer Steuerung entziehende Wirtschaft zu moralisieren, und auch nicht darauf, moralischen Diskursen mehr Platz einzuräumen, um die moralischen Defizite des Wirtschaftssystems zu beheben. Vielmehr geht es um den moralischen Strukturwandel selbst. Die Wirtschaft kann auch ökologisch gesteuert werden, wie sie zuvor schon der sozialstaatlichen Steuerung unterworfen wurde. Je schneller der Strukturwandel von der Wohlfahrtsmoral zur Umweltmoral vollzogen werden soll, um so mehr impliziert dies jedoch eine Verlagerung der Zahlungen von den Seiten des Leistungsprinzips und des Sozialprinzips zur Seite des Umweltprinzips. An einem Benzinpreis von 5 DM pro Liter geht nicht die Wirtschaft als solche zugrunde, sondern es ergeben sich daraus Umverteilungen von Zahlungen, gegen die sich der Widerstand bisheriger Zahlungsempfänger, seien es solche nach dem individuellen Leistungsprinzip oder solche nach dem

Sozialprinzip, regt. Moralische Diskurse haben hier gewiß ihre Aufgabe. Sie besteht jedoch nicht in der Etablierung einer zuvor nicht existierenden moralischen Steuerung der Ökonomie, sondern in der Vorbereitung der Umstrukturierung dieser Steuerung in Gestalt der Ergänzung des Leistungs- und des Sozialprinzips durch das Umweltprinzip.

Es ist klar, daß die Gesellschaft auch nach dem vollzogenen Strukturwandel nur mit sich selbst und nicht mit der Natur kommuniziert (Luhmann 1986). Sie steht aber in einem Austauschverhältnis mit der Natur, das durch den inneren Strukturwandel zur Umweltökonomie für beide Seiten gedeihlicher gestaltet wird als zuvor. Immerhin ist es die Aufgabe der Naturwissenschaften, darüber mehr als nur in sich selbst kreisende Konstruktionen anzuhäufen, die nichts über die Natur selbst aussagen.

Literatur

- Baudrillard, J., 1983: *Les stratégies fatales*. Paris: Grasset.
- Bentham, J., 1789/1970: *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation*, hg. von J. H. Burns und H.L.A. Hart. London: Attslone Press.
- Berger, J., 1991: *Entdifferenzierung als Perspektive für Marktwirtschaften?* S.233–247 in: W. Zapf (Hg.), *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Durkheim, E., 1893/1973: *De la division du travail social*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Emnid, 1981: *Informationen* Nr. 6/7, 1981. Bielefeld: Emnid Institut
- Franklin, B., 1944: *The Autobiography*. Selections from His Writings, hg. von H. S. Commager. New York: Random House.
- Gehrmann, F. (Hg.), 1986: *Arbeitsmoral und Technikfeindlichkeit*. Frankfurt a.M. und New York: Campus.
- Habermas, J., 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bde. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, J., 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hobbes, Th., 1951/1966. *Leviathan*. In: *Collected English Works of Thomas Hobbes*, Bd. 3, hg. von W. Molesworth. Aalen: Scientia.
- Hoffmann-Nowotny, H.-J. und F. Gehrmann (Hg.): 1984. *Ansprüche an die Arbeit*. Frankfurt a.M. und New York: Campus.
- Honneth, A., 1992: *Der Kampf um Anerkennung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kohlberg, L., 1969: *Stage and Sequence: The Cognitive-Developmental Approach to Socialization*. S.347–480 in: D.A. Goslin (Hg.), *Handbook of Socialization Theory and Research*. Chicago: Rand McNally.

- Kohlberg, L., 1987: *Child Psychology and Childhood Education. A Cognitive-Developmental View*. New York und London: Longman.
- Leipert, Ch., 1989: Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Lidz, V. M., 1979: Secularization, Ethical Life and Religion in Modern Societies. *Sociological Inquiry* 49: 191–217.
- Luhmann, N., 1978: Soziologie der Moral. S. 8–116 in: Niklas Luhmann und Stephan H. Pfürther (Hg.), *Theorie-technik und Moral*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N., 1981: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München-Wien: Günther Olzog Verlag.
- Luhmann, N., 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N., 1986: *Ökologische Kommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N., 1988: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N., 1990: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N., 1992: Operational Closure and Structural Coupling: The Differentiation of the Legal System. *Cardozo Law Review* 13: 1419–1441.
- Luhmann, N., 1993: *Das Recht der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mauss, M., 1923/24: *Essai sur le don. Forme archaïque de l'échange. L'année sociologique* 1: 30–186.
- Mill, J. St., 1861/1974: *Utilitarianism, On Liberty*, hg. von M. Warnock. Westford, Mass.: New American Library.
- Münch, R., 1992a: *Autopoiesis by Definition*. *Cardozo Law Review* 13: 1463–1471.
- Münch, R., 1991/1992b: *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R., 1984/1992c: *Die Struktur der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R., 1986/1993: *Die Kultur der Moderne*, 2 Bde. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Noelle-Neumann, E., 1978: *Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft*. Zürich: Ed. Interform.
- Pawlowski, P., 1986: Arbeitswerte: Theoretische Grundlagen und Längsschnittbeobachtungen 1960–1983. S. 73–118 in: F. Gehrman (Hg.), *Arbeitsmoral und Technikfeindlichkeit*. Frankfurt a.M. und New York: Campus.
- Pigou, A. C., 1920/1960: *The Economics of Welfare*. 4. Aufl. London: MacMillan.
- Schluchter, W., 1979: *Die Entwicklung des okzidentalen Rationalismus*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schluchter, W., 1988: *Religion und Lebensführung*, 2 Bde. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Smith, A., 1776/1937: *The Wealth of Nations*. New York: Modern Library.
- Smith, A., 1759/1966: *The Theory of Moral Sentiments*. New York: Bohn.
- SPIEGEL, DER, 1994a: Nr. 5. 31.01.1994.
- SPIEGEL, DER, 1994b: Nr. 26. 27.06.1994.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1953: *Statistisches Jahrbuch 1953 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1960: *Statistisches Jahrbuch 1960 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1961: *Statistisches Jahrbuch 1961 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1963: *Statistisches Jahrbuch 1963 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1967: *Statistisches Jahrbuch 1967 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1970: *Statistisches Jahrbuch 1970 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1971: *Statistisches Jahrbuch 1971 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1975: *Statistisches Jahrbuch 1975 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1981: *Statistisches Jahrbuch 1981 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1987: *Statistisches Jahrbuch 1987 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1992: *Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Metzler-Poeschel.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 1993: *Statistisches Jahrbuch 1993 für die Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Metzler-Poeschel.
- U.S. Bureau of the Census, 1992: *Statistical Abstract of the United States 1992*. Washington D.C.: U.S. Government Printing Office.
- Weber, M., 1920/1971a: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. 3. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, M., 1920/1972a: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. 1. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, M., 1920/1972b: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. 2. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, M., 1922/1976: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Wicke, L., 1989: *Umweltökonomie*, 2. Aufl. München: Verlag Franz Vahlen.
- Willke, H., 1983: *Entzauberung des Staates. Überlegungen zu einer sozietaalen Steuerungstheorie*. Königstein: Athenäum.
- Willke, H., 1989: *Systemtheorie entwickelter Gesellschaften: Dynamik und Riskanz moderner gesellschaftlicher Selbstorganisation*. Weinheim: Juventa.
- Willke, H., 1992: *Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- ZA, 1992: *Allbus 1992. Codebuch ZA-Nr. 2140; Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln*. Köln.